

Warenhäuser als Zielscheiben des Judenhasses

Die großen Warenhausunternehmen hatten sich meist aus Familienbetrieben der Textilbranche entwickelt und entstanden in Deutschland ab den 1890er-Jahren. Als Symbole großstädtischer Moderne und als urbane Form des Einzelhandels standen sie schon in den 1920er-Jahren im Fokus der nationalsozialistischen Propaganda. Sie wurden als „undeutsch“ und als von Juden erfundene Kopie des orientalischen Basars bezeichnet.

Organisierte Boykottmaßnahmen und Anschläge

Zu den größten Warenhausunternehmen in Deutschland zählten die Schocken AG und die Hermann Tietz OHG, die beide in Stuttgart Zweigniederlassungen hatten. Bei Tietz in der Königstraße wurden im März 1933 Stinkbomben in die Lebensmittelabteilung geworfen. Der jüdische Geschäftsführer der Filiale, Georg Weinstein, wurde daraufhin entlassen. Starker Umsatzrückgang zwang die Familie Tietz, den Kaufhauskonzern 1934 einem Bankenkonsortium unter Führung der Dresdner Bank zu überlassen. Mit einer geringen Abfindung ging die Familie in die USA ins Exil.

Auch bei Schocken in der Eberhardstraße wurden wiederholt Tränengas- und Stinkbomben in die Lebensmittelabteilung geworfen. Nachdem 1936 eine britische Bankengruppe die Mehrheit des Unternehmens übernommen hatte, verkaufte Salman Schocken Ende 1938 auch seinen Minderheitenanteil am Konzern weit unter Wert an eine deutsche Bankengruppe. Er war mit seiner Familie nach Palästina emigriert.

Die Firma Brüder Landauer AG in Stuttgart war ein Familienunternehmen, das in Süddeutschland mehrere Kauf- und Warenhäuser besaß. Das Geschäft am Stuttgarter Marktplatz musste wegen Boykottmaßnahmen und Geschäftsrückgang 1936 an die Firma Spiecker & Co. unter Wert verkauft werden. Aus den gleichen Gründen erfolgte im selben Jahr der Verkauf des Ulmer Geschäfts an den ehemaligen Angestellten Adolf Schleeauf. Weil er einen angemessenen Preis bezahlt hatte, wurde er als »Judenknecht« bezeichnet und der Boykott noch längere Zeit gegen ihn weitergeführt. Das eigenständige Heilbronner Kaufhaus Landauer war im April 1933 das Ziel von Boykottaktionen und eines Bombenanschlags. Um dem ständigen Druck zu entgehen, vermietete Max Landauer 1936 sein Unternehmen. Nach der Pogromnacht 1938 wurde er ins KZ Buchenwald eingeliefert. Nach seiner Freilassung unterschrieb er im Dezember 1938 unter Zwang den Verkauf seines Geschäfts an die Stadt Heilbronn zu einem Preis weit unter Wert, die es dann später zum wirklichen Wert an den ehemaligen Mieter verkaufte. Max Landauer gelang es, noch im April 1940 mit seiner Frau und seinen Kindern über Italien nach Argentinien zu fliehen.

Das Programm der Nationalsoz. Deutschen Arbeiter-Partei

Das Programm der NSDAP ist ein Zielprogramm. Die Führer können es ab, nach der Erreichung der im Programm aufgestellten Ziele neu aufstellen, nur zu dem Zweck, durch künftige gefestigte Unzufriedenheit den Willen des Volkes das Fortbestehen der Partei zu ermöglichen.

1. Wir fordern den Zusammenstoß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu einem Großdeutschland.
2. Wir fordern die Gleichberechtigung des deutschen Volkes gegenüber den anderen Nationen. Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und St. Germain.
3. Wir fordern Land und Völkern (Kolonien) zur Ernährung unseres Volkes und Anhebung unseres Bevölkerungsüberschusses.
4. Staatsbürger kann nur sein, wer Völkgenosse ist. Völkgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksicht auf Konfession. Kein Jude kann daher Völkgenosse sein.
5. Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und muß unter Fremdenaufsicht stehen.
6. Das Recht über Führung und Gesetz des Staates zu bestimmen, darf nur dem Staatsbürger zustehen. Daher fordern wir, daß jedes öffentliche Amt, gleichgültig welcher Art, gleich ob im Reich, Land oder Gemeinde, nur durch Staatsbürger besetzt werden darf.
7. Wir bekämpfen die korumpierende Parlamentarität, einer Stellenbesetzung nur nach Parteigünstigen ohne Rücksicht auf Charakter und Fähigkeiten.
8. Wir fordern, daß sich der Staat verpflichtet, in erster Linie für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeit der Staatsbürger zu sorgen. Wenn es nicht möglich ist, die Gesamtbevölkerung des Staates zu ernähren, so sind die Angehörigen fremder Nationen (Nicht-Staatsbürger) aus dem Reich auszuweisen.
9. Jede weitere Einwanderung Nichtdeutscher ist zu verhindern. Wir fordern, daß alle Nichtdeutschen, die seit dem 2. August 1914 in Deutschland eingewandert sind, sofort zum Verlassen des Reiches gezwungen werden.
10. Alle Staatsbürger müssen gleiche Rechte und Pflichten genießen.
11. Erste Pflicht jedes Staatsbürgers muß sein, geistig und körperlich zu schaffen. Die Tätigkeit des Einzelnen darf nicht gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßen, sondern muß im Rahmen des Gesetzes und zum Nutzen aller erfolgen.

Daher fordern wir:

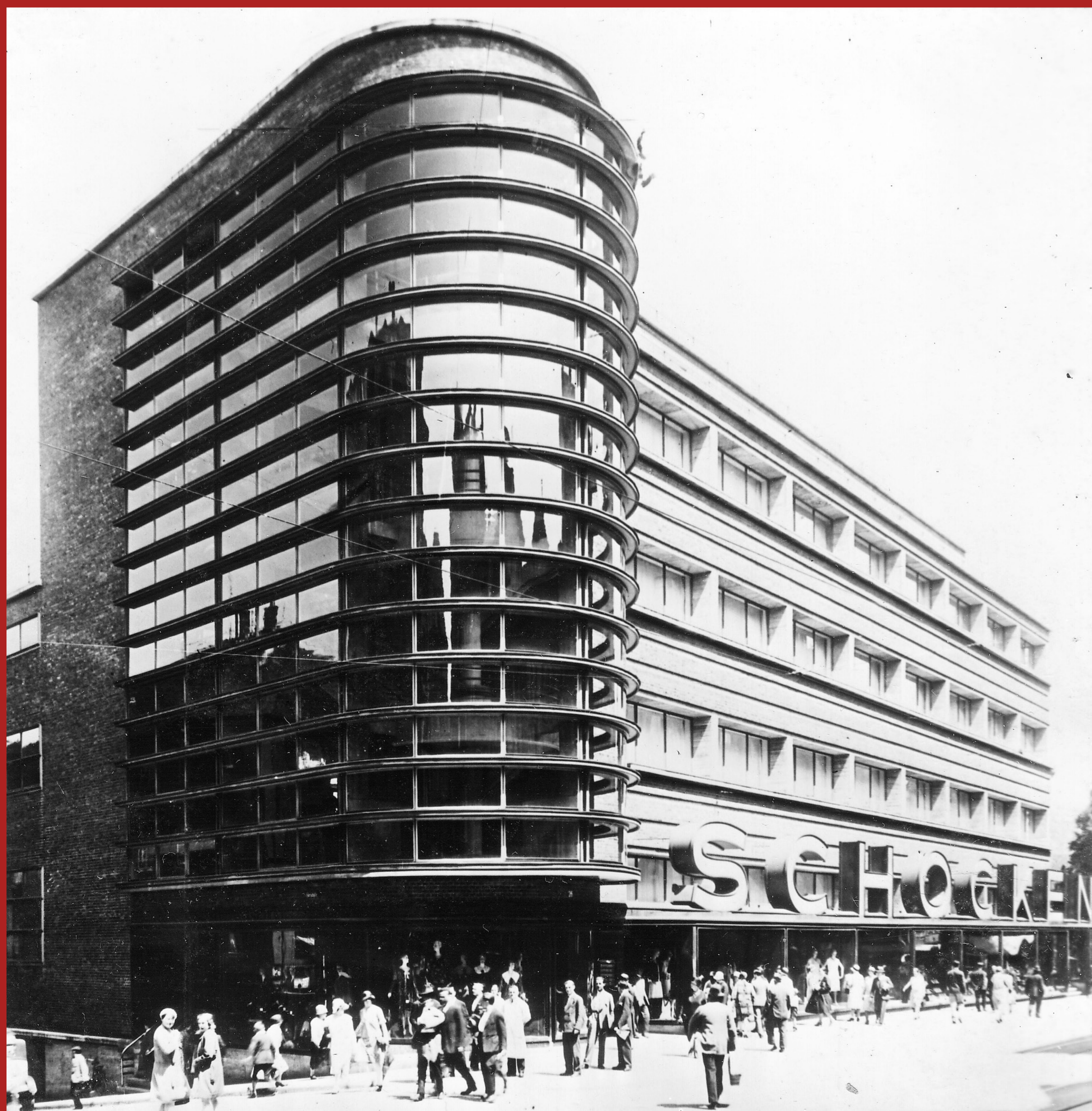
11. Abschaffung des arbeits- und müßelosen Einkommens.
Beseitigung der Zinswirtschaft.
12. Im Hinblick auf die ungeheuren Opfer an Gut und Blut, die jeder Krieg dem Volke fordert, muß die persönliche Bereicherung durch den Krieg als Verbrechen am Volke bezeichnet werden. Wir fordern daher restlose Einstellung aller Kriegsgewinne.
13. Wir fordern die Verstaatlichung aller (bisher) bereits fertiggestellten (Zerfalls-) Betriebe.
14. Wir fordern Gewinnbeteiligung an Großbetrieben.
15. Wir fordern einen großartigen Ausbau der Altersversorgung.
16. Wir fordern die Schaffung eines gesunden Mittelstandes und seine Erhaltung, sofortige Kommunalisierung der Groß-Warenhäuser und ihre Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende, höchste Berücksichtigung aller kleinen Gewerbetreibenden bei Lieferung an den Staat, die Länder oder Gemeinden.

Schon in ihrem Programm von 1920 forderte die NSDAP die Kommunalisierung der Warenhäuser und deren Vermietung an kleine Gewerbetreibende.



Das Kaufhaus Tietz in Stuttgart zeigte immer in der Vorweihnachtszeit seine berühmte Weihnachtsausstellung. 1934 musste die Familie Tietz auch ihr Stuttgarter Kaufhaus an ein deutsches Bankenconsortium weit unter Wert abtreten.

Die letzten Anteile an seinem Konzern wurden von Salman Schocken 1938 an eine deutsche Bankengruppe unter Führung der Deutschen Bank verkauft. Aus dem berühmten Kaufhaus Schocken in Stuttgart wurde das Warenhaus Merkur im Besitz nichtjüdischer Eigentümer.



Am 1. April 1933 versperrten SA-Männer den Eingang zum Kaufhaus Landauer in Heilbronn.

Am 25. April 1933 wurden durch einen Bombenanschlag am Kaufhaus Landauer in Heilbronn Schaufenster zerstört.



Die Ausschaltung der jüdischen Textilhändler in Klein- und Mittelstädten

Auf die Kunden kam es an. Manche jüdischen Textilhändler überstanden den Boykottaufruf vom 1. April 1933, andere mussten bald aufgeben. Spätestens das Novemberpogrom 1938 und das Verbot zum 1. Januar 1939 für Juden, Geschäfte zu führen, bedeuteten dann für alle das Aus und den zwangsweisen Verkauf.

Rasches Ende in Tübingen

In Tübingen wurde bereits vor 1933 von NS-Studenten und der SA zum Boykott von Läden jüdischer Textilhändler aufgerufen. Der Herrenausstatter Gustav Lion wehrte sich. Beim Boykott am 1. April 1933 stellte er sich mit seinen Kriegsauszeichnungen vor sein Geschäft und riss Hetzplakate der SA herunter. Es kam zu einem Handgemenge. Der fortgesetzte Boykott und Morddrohungen zwangen ihn, noch 1933 sein Geschäft zu schließen und 1934 nach Palästina zu fliehen.

Beim Modehaus Degginger ging der Umsatz boykottbedingt zurück. 1935 verpachteten die Inhaber Jakob Oppenheimer und Albert Schäfer ihr Geschäft an einen Konkurrenten, den NSDAP-Gemeinderat Karl Haidt. Nach ihrer Inhaftierung im November 1938 verkauften sie an Haidt weit unter Wert. Albert Schäfer starb 1941 an den Folgen der Dachauer Haft, Oppenheimer gelang die Flucht in die USA. Dagegen blieben dem Tübinger Herrenausstatter Leopold Hirsch zunächst genügend Kunden treu – vor allem Arbeiter aus der Unterstadt. Behördenschikanen zwangen ihn 1938 zum Verkauf. NSDAP-Mitglied Josef Tressel übernahm das Geschäft. Hirsch emigrierte nach Südamerika.

Langer Überlebenskampf in Hechingen und Horb

In den überwiegend katholischen Orten Hechingen und Horb konnten sich die Textilhändler bis 1938 halten. Das Konfektionsgeschäft von Josef Walther in Hechingen wurde Ende Oktober 1938 an den Sattlermeister Karl Kronenbitter verkauft, Walther wanderte im Dezember in die USA aus. Beim Pogrom 1938 wurde das Textilgeschäft Hofheimer in Hechingen angegriffen und der Eigentümer Otto Hofheimer in das KZ Dachau verschleppt. Er musste sein Geschäft unter Wert an den Kaufmann Adolf Unger verkaufen. Otto Hofheimer wurde später in der Shoah ermordet.

In Horb konnte Jakob Wolfsheimer die Erlöse seines Textilkaufhauses nach 1933 sogar steigern. Das Schwarzwälder Volksblatt stellte 1937 fest, dass „biedere Landfrauen“ weiterhin bei Juden einkauften. Im August 1938 gab Jakob Wolfsheimer auf und verkaufte sein Geschäft unter Wert an einen Konkurrenten. Nach der Pogromnacht 1938 wurden er und sein Sohn Karl in Dachau inhaftiert. Nach ihrer Freilassung floh die Familie in die USA.



Anzeige zum Ausverkauf des Herrenausstattungsgeschäfts von Gustav Lion, der durch Boykottaktionen und Drohungen schon 1933 zur Geschäftsaufgabe gezwungen wurde.



Modehaus Eduard Degginger Nachf., Tübingen
Geschäftshaus für Damenbekleidung und Ausstattung
Fernsprecher Nr. 134 // Postscheck-Konto Stuttgart 23249

Werbeplakate des Tübinger Modehauses Degginger, das von den jüdischen Besitzern 1935 nach massivem Umsatzrückgang an den NSDAP-Gemeinderat Karl Haidt verpachtet werden musste.

Das beliebte Textilgeschäft der Familie Wolfsheimer im Zentrum von Horb. Trotz Werbeverbot in der örtlichen Presse ab April 1933 und NS-Boykottaktionen konnte Jakob Wolfsheimer seine Firma bis August 1938 halten.



Rechts im Bild das Konfektionsgeschäft von Joseph Walther am Marktplatz in Hechingen. Nach dem Verkauf im Oktober 1938 titelten die Hohenzollerischen Blätter: „Hechingens Marktplatz judenfrei.“



Eine Familie kämpft um ihr Schuhgeschäft – die Firma Pallas in Ulm

Einzelhandelsgeschäfte waren schon kurz nach der Machtübernahme der NSDAP das Ziel antijüdischer Kampagnen. Interesse an einer Ausschaltung der Konkurrenz hatten vor allem Kleingewerbetreibende. In Ulm galten die Angriffe unter anderem dem Schuhhaus Pallas.

Geschäftsgründer war der österreichische Staatsbürger Franz Fried, der bei seiner Hochzeit mit der Ulmerin Martha Hoffmann zum Christentum konvertiert war. 1914 gründete er sein Schuhgeschäft in Ulm, das viele Jahre florierte. Um sich gegen mögliche antijüdische Maßnahmen zu schützen, übernahm im Jahr 1933 seine Frau Martha den Betrieb. Trotzdem trafen die Boykottaufrufe gegen Geschäfte jüdischer Inhaber auch das Schuhhaus Pallas. Das Ulmer Tagblatt weigerte sich, Werbeanzeigen für das Schuhgeschäft abzdrukken. Klagen der Inhaber dagegen blieben erfolglos.

Die Schaufenster des Geschäfts wurden mit antisemitischen Parolen beschmiert. Franz Fried wehrte sich, forderte Polizeischutz an und suchte Unterstützung beim österreichischen Konsulat. Dadurch machte er sich den Ulmer Polizeidirektor zum persönlichen Feind. Die Bedrohungen und Schikanen nahmen so zu, dass Franz Fried 1937 einen Geschäftstausch mit einem österreichischen Nationalsozialisten erwog. Der Plan konnte wegen der Annexion Österreichs nicht verwirklicht werden.

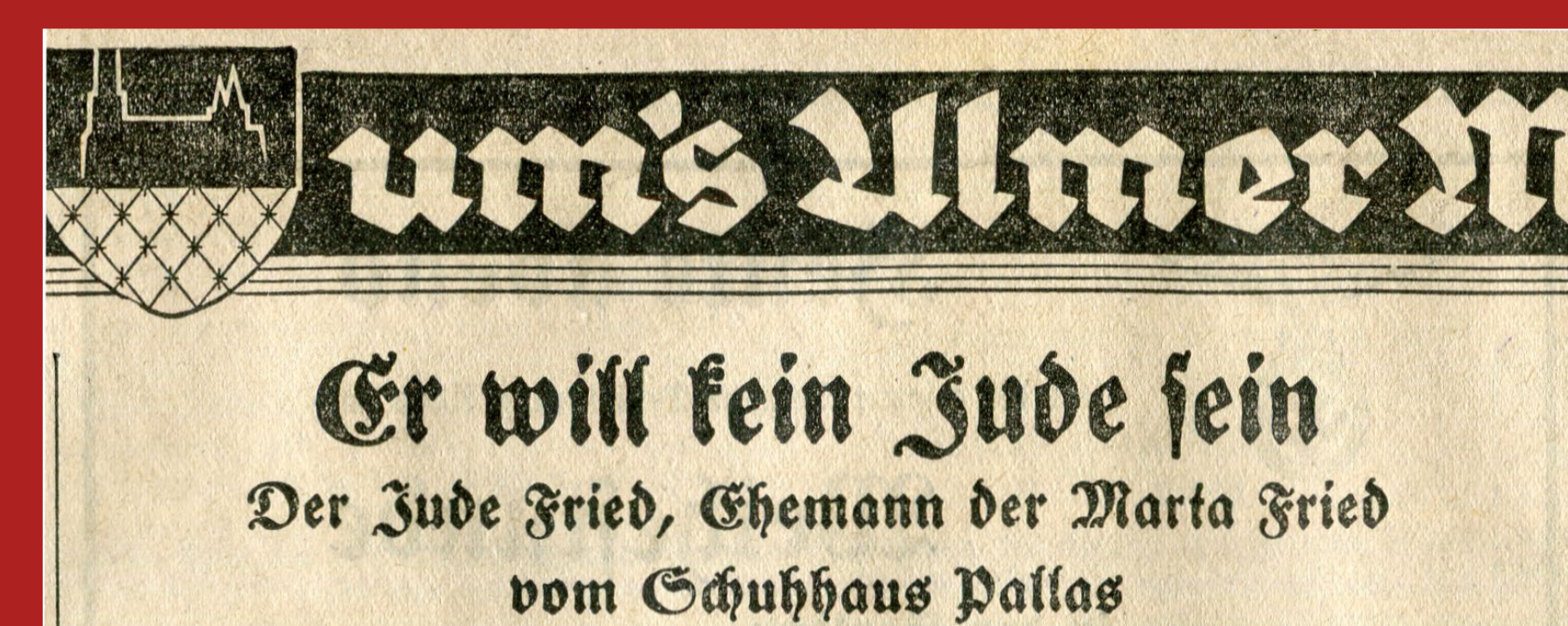
Eigentümerwechsel in der Familie als letzter Rettungsversuch

1938 wurde das Geschäft dem Sohn Kurt Fried übergeben und die Ehe der Eltern „pro forma“ geschieden. Franz Fried verlor damit aber auch den Schutz, den ihm die Ehe mit einer Nichtjüdin bislang noch geboten hatte. Er versuchte vergeblich auszuwandern. Weil er sich weigerte, den Namenszusatz „Israel“ zu führen, wurde er 1939 inhaftiert. Internierungen in Arbeits- und Konzentrationslagern folgten. Die Hetze gegen das „jüdische Geschäft“ hielt an. 1943 versuchte die Familie, das Schuhhaus durch Aufnahme neuer Kommanditisten zu retten. Doch schon im selben Jahr wurde der Betrieb von den Behörden geschlossen. Franz Fried überlebte die Lager und eröffnete sein Schuhhaus nach dem Krieg neu. Über das, was geschehen war, sprach er nie.

Die Autorin und Moderatorin Amelie Fried hat das Schicksal ihrer Familie im Jahr 2008 in einem Buch aufgearbeitet und damit einem breiteren Publikum bekannt gemacht.



Das von Franz Fried 1914 gegründete Schuhhaus Pallas in Ulm.



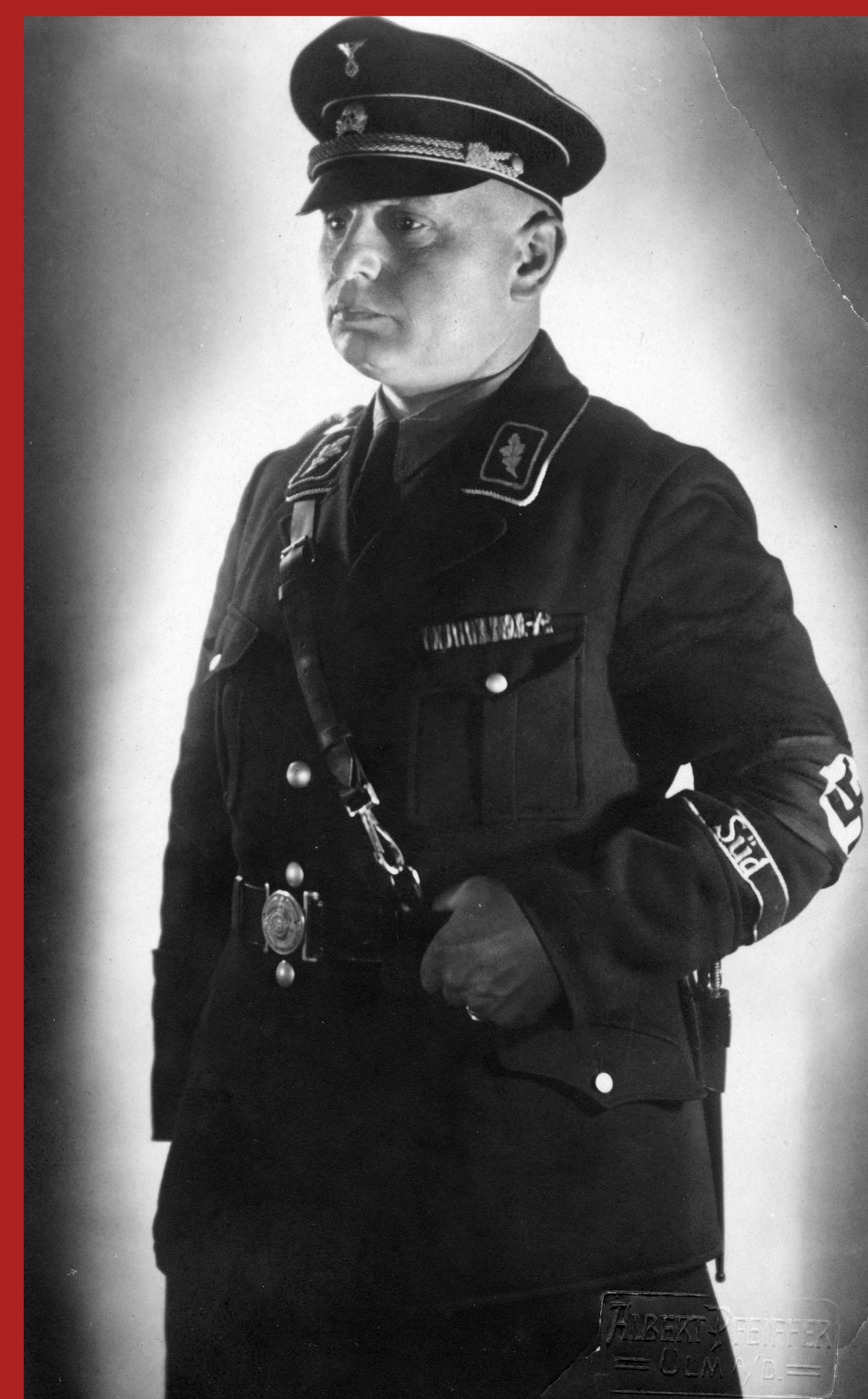
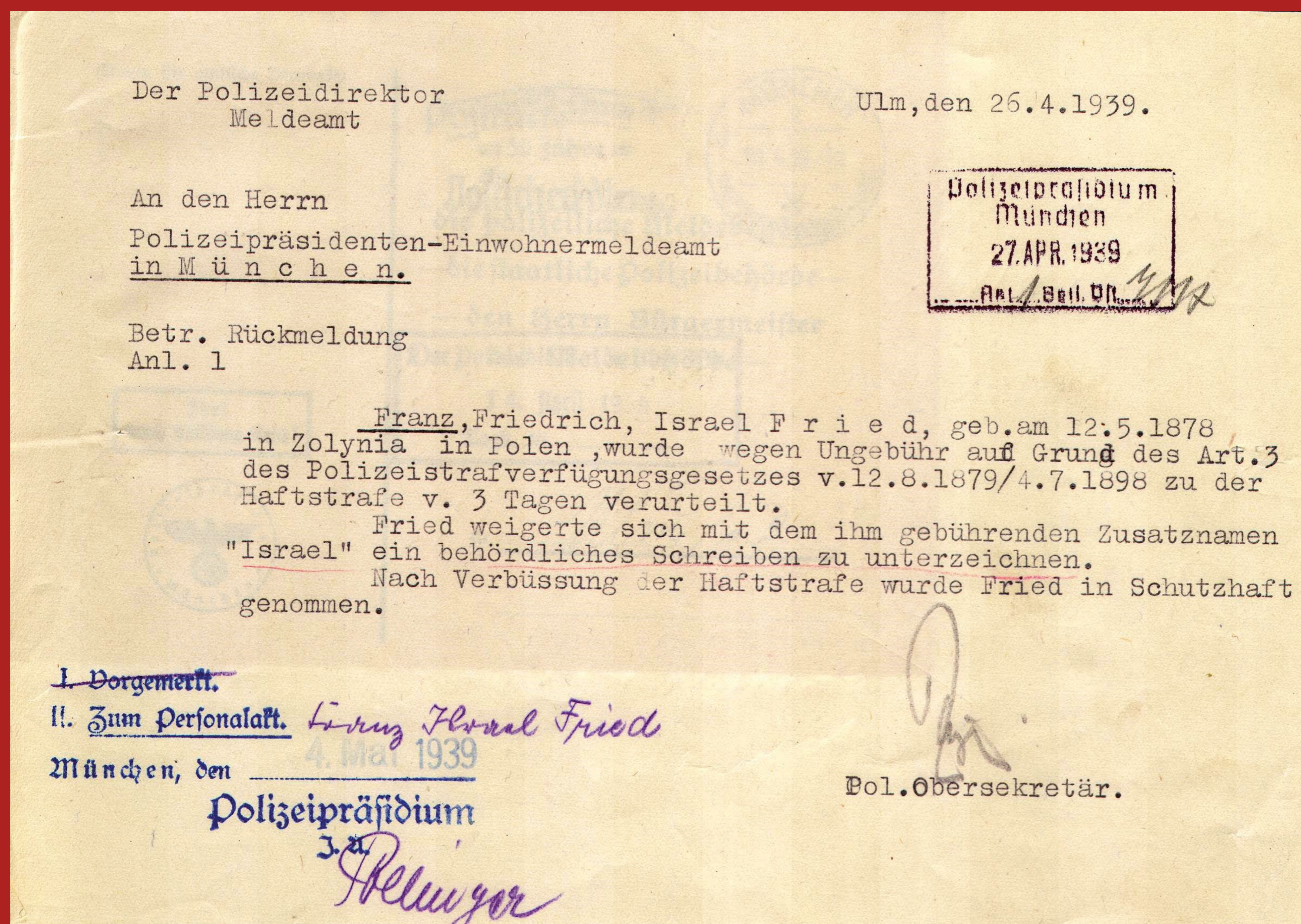
Schlagzeile eines Hetzartikels gegen Franz Fried im Ulmer Tagblatt vom 20. April 1935.



Franz Fried trifft sich nach der Scheidung von seiner Frau Martha mit seiner Tochter Anneliese 1939 in München.

Franz Fried weigert sich 1939, den Zwangsnamen „Israel“ zu benutzen und wird daraufhin in „Schutzhaft“ genommen.

Der Ulmer Polizeipräsident Wilhelm Dreher wurde zum persönlichen Feind der Familie Fried.



Die Verdrängung und wirtschaftliche Vernichtung der jüdischen Viehhändler

Ludwigsburger Pferdemarkt
 am 8. und 9. März 1937
 mit Frühjahrsmarkt im Exerzierhaus und in der Leonbergerstraße.

Montag, 8. März, vormittags 8 Uhr Marktbeginn in den Alleen an der Stuttgarterstraße — Hundemarkt — Vergnügungspart — 20 Uhr Bunter Abend im Festsaal des Bahnhofs.

Dienstag, 9. März, vormittags 8 Uhr Fortsetzung des Marktes. Preisbewerb von Pferden und Gespannen. — 13 Uhr Umzug aller Gruppen durch die Stadt. Abmarsch an der Garnisonkirche — 13.30 Uhr (St. Exerzierplatz) Vorführung einer Sammlung von Warmblutpferden aus der Vorstadt Pfingstfeldern — Kreisappell der Kriegspferde. Ansprache u. a. des Landesgruppenleiters im Reichstierärztl. Oberstudienrat Dr. Platenhörn, Ehingen. — Ab 16.30 Uhr im Katschelleraal Preisverteilung, Konzert und Tanz.

Sonntags-Nachfahrten der Reichsbahn. — Juden haben keinen Zutritt!



Max Pressburger, der Eigentümer der größten Viehhandlung in Rexingen, Ende der 1920er-Jahre.

„Juden haben keinen Zutritt!“ Auf dem Ludwigsburger Pferdemarkt wurde im März 1937, ein Jahr vor dem reichsweiten Verbot, jüdischen Händlern der Zutritt verwehrt.

Der Viehhandel hatte große Bedeutung im kleinbäuerlich geprägten Württemberg. Die Mehrheit der Viehhändler waren Juden. Sie versorgten die Landwirte mit Tieren, die diese als Arbeitskraft und zur Versorgung mit Milch und Dung benötigten und nahmen ihnen ihr Schlachtvieh ab. Über Generationen entwickelte sich ein Vertrauensverhältnis zwischen Bauern und jüdischen Viehhändlern, die oft auch Kreditgeber waren.

Landjudentum und Viehhandel

waren in Süddeutschland bis ins 20. Jahrhundert eng verbunden. Die jüdischen Familien beachteten die religiösen Vorschriften für ihre Ernährung. Nur einwandfreies Fleisch von geschächteten Tieren durfte verzehrt werden. Deshalb wurde der Beruf des Viehhändlers häufig von Juden ausgeübt und ging von den Vätern auf die Söhne über.

Wirtschaftliches Vertrauen gegen Agrarantisemitismus

Die engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Bauern und Viehhändlern versuchten die Raiffeisenbewegung und der evangelisch geprägte Bund der Landwirte schon Ende des 19. Jahrhunderts zu diskreditieren. Sie verbreiteten antisemitische Begriffe wie den des »betrügerischen Wucherjuden«.

Nach 1933 schürte die NSDAP diesen aggressiven Agrarantisemitismus weiter an. In der Folge versuchten die Nationalsozialisten, durch Hetzartikel das noch bestehende Vertrauensverhältnis zwischen den Bauern und den jüdischen Viehhändlern aufzubrechen. Durch schikanöse Verordnungen wurde den Viehhändlern die Ausübung ihres Berufes immer mehr erschwert. Lokale NSDAP-Funktionäre ließen Juden aus den Viehmärkten ausschließen. Oftmals wurden solche Angriffe von der Bauernschaft mit Unmut aufgenommen.

Bis 1936 konnten sich die Juden noch auf dem Markt behaupten. Ein großer Teil der Bauern stellte seine ökonomischen Interessen noch immer über den Rassen-Antisemitismus der Nationalsozialisten.

Endgültige Verdrängung

Im Juli 1938 erfolgte schließlich reichsweit das endgültige Marktverbot für jüdische Viehhändler. Im November 1938 wurden sie vollständig aus dem deutschen Wirtschaftsleben ausgeschlossen. Die Gewerbescheine der Viehhändler wurden eingezogen. Ihre Firmen, meist Klein- und Kleinstbetriebe, wurden aufgelöst. Für eine Übernahme waren sie nicht attraktiv genug.

Wer bis Ende 1941 nicht fliehen konnte, wurde deportiert. Die Wohnhäuser der Viehhändlerfamilien, ihr Hausrat und noch ausstehende Forderungen an Bauern wurden schließlich von den Finanzämtern für den NS-Staat verwertet.



Um 1900 waren etwa 60 Rexinger Juden als Viehhändler tätig. Im „Adress- und Geschäftshandbuch der Oberamtsstadt Horb“ aus dem Jahr 1930 sind noch 49 Rexinger Betriebe aufgeführt. Sie bereisten ein großes Handelsgebiet, das sie sich untereinander aufteilten.

Der Tübinger Viehhändler Emil Löwenstein auf dem Tübinger Viehmarkt im Jahr 1935. Ab Herbst 1937 durften keine Juden mehr dort mit Vieh handeln. Emil Löwenstein musste Ende 1937 sein Geschäft aufgeben. Im August 1942 wurde er mit seiner Frau nach Theresienstadt deportiert.

Wie lange noch?

Man sollte es nicht für möglich halten, daß es heute noch im Kreis Spaltingen (die Stadt selbst ist frei von Juden), noch Bauern gibt, die mit Juden Viehhandel treiben. Auf dem letzten Viehmarkt, dem sogenannten „Matthiasmarkt“ konnte man die vier Viehjuden Leopold Löwenstein aus Rexingen, Max Schwarz aus Horb, Fröhlich aus Tuttingen und Steinharter aus Nottwil beobachten, wie sie bejubelten, ihre „Geschäftchen“ zu machen.



Ziprian Grimm verhandelt mit den Juden.



Jud Löwenstein aus Rexingen und Jud Schwarz aus Horb mit dem Käufer Ziprian Grimm aus Goshelm. (Bilder: Kreis Diamantenschein)

Obgleich die Bauern auf alle Art und Weise den Juden ausweichen wollten, behandelten es die ungenügsamen Schwärzer doch, sich an die Bauern heranzumachen. So gelang es dann auch dem Juden Schwarz aus Horb in den Goshelmer Ziprian Grimm aus Goshelm ein Stück Vieh zu verschaffern. Wie lange dauert es noch, bis in Spaltingen wie auch in anderen Städten und Orten unseres Landes den Juden der Handel verboten ist?



Ziprian Grimm aus Goshelm nach dem Handel

Die NS-Hetzschrift Flammenzeichen verunglimpft in ihrer Ausgabe vom Frühjahr 1937 nicht nur die jüdischen Viehhändler Leopold Löwenstein, Max Schwarz, Julius Fröhlich und Julius Steinharter, sondern auch den Bauern Ziprian Grimm, der von Max Schwarz eine Kuh gekauft hatte.

CARL WEIL & CO.
 Tübingen
 Besorgung aller bankmäßigen Geschäfte.

<p>Handwirte Brenner, Josef, Krenz G. Gelle, Josef, (Schloßbauer) Gelle, Andreas, Witwe Gelle, Engelbert, W. G. Grieb, Anton Gelle, Anton, Windenbauer Gelle, Johannes, Schöllbauer Grieb, Josef Brenner, Johannes, Baptist Knapp, Johannes Ziprian, Gerhard Guntel, Anton Götter, Nibor Gelle, Engelbert, W. G. Sauer, Martin Dettling, Oberhard Sauer, Josef (Schüller) Pressburger Max Sauer, Martin, W. Sauer, J. zum Kreuz Sauer, Engelbert Brenner, Josef, Anton Gelle, Josef Grieb, Max Dettling, Georg Grieb, Georg Branner, Andreas Gelle, Wilhelm Gelle, Max Jung, Karl</p>	<p>Wesene und deren Vorhände: Militärverein: Anton Sauer Goshelmerin: Ringemüller Rintele Landw. Ortsverein: Martin Sauer</p> <p>Wagner Guntel, Engelbert</p> <p>Zimmergeschäfte Fester, Ringens Feib, Richard</p> <p>Viehhandlungen Rohenheimer, Stigmund, Tel. 485 David Nibor</p>	<p>Gibson, Elias Gibson, Leopold u. Sohn, Tel. 348 Gibson, Moriz, Tel. 414 Gibson, Samuel Gibson, Stigmund G. Gwiler, Alfred, Tel. 347 Hopler, Hermann, Tel. 239 Jauer, Julius, Tel. 351 Lenbauer, Max, Tel. 460 Lemberger, Nibor, Tel. 422 Lemberger, Nibor Lemberger, Karl Lemberger, Max u. Söhne, Tel. 419 Lemberger, Siegfried, Tel. 470 Lemberger, Simon Levi, Nibor, Tel. 434 Levi, Elias Levi, Louis Levi, Max Levi, Saloman, Tel. 431 Levi, Samuel Löwenhart, Bertholds G. Manireb, Tel. 415 Löwenhart, Max Löwenhart, Reinhard Löwenhart, Rubin Löwenstein, Leopold, Tel. 426 Ottenheimer, Nibor Pressburger, Alfred Pressburger, Heinrich, Tel. 496 Pressburger, Josef W. Pressburger, Josef W. Pressburger, Julius G. Pressburger, Julius Max G. Pressburger, Leopold Pressburger, Max u. Söhne, Tel. 372 Pressburger, Stigmund, G. W. G. Schwarz, Elias u. Ludwig, Tel. 437 Schwarz, Leopold, Tel. 412 Schwarz, Ludwig, Tel. 451 Schwarz, Josef Schwarz, Rudolf Straßburger, Nibor Wälder, Nibor Wälder, Wilhelm, Tel. 429 Weil, Simon II Wünderli, Max, Tel. 423</p>
--	--	---

Das frühe Ende einer renommierten Kunsthandlung in Stuttgart

Seit einiger Zeit sind Raub und Zwangsverkäufe von Kunstwerken während der NS-Zeit ein Thema der historischen Forschung. Zu Verkäufen unter Wert war auch Dr. Morton Bernath gezwungen. Er war 1933 der einzige jüdische Kunsthändler in Stuttgart. 1886 in Ungarn geboren, hatte er sich nach dem Studium der Kunstgeschichte und einem Aufenthalt in den USA zunächst publizistisch betätigt. Nach einer Anstellung als Abteilungsleiter des Deutschen Auslandsmuseums in Stuttgart wurde er 1919 Leiter der Presseabteilung im Württembergischen Staatsministerium. Über seine aus einer Verlegerfamilie stammenden Frau Sonja Dümmler (1889–1961) war Bernath in kulturellen Kreisen Württembergs gut vernetzt.

1920 trat er in das „Antiquitätenhaus Prinzenbau Stern & Co. KG“ ein. 1928 übernahm er die Firma als Alleinbesitzer. Aufgrund seiner vielfältigen Kontakte wurde Bernath rasch zu einem wichtigen Geschäftspartner der Württembergischen Kunstsammlungen. Beim Kaufboykott am 1. April 1933 wurde das Schaufenster seiner Kunsthandlung mit der Aufschrift „Jude“ beklebt. Am nächsten Tag kündigte das Württembergische Staatsrentamt seine Geschäftsräume und zwang Bernath damit zur Geschäftsaufgabe. Im Juli wurde seine Firma aus dem Handelsregister gelöscht. Für seine jüdischen Kollegen kam das berufliche Ende meist später durch die Gleichschaltung der Künstlerberufsverbände. 1934 begann die Reichskulturkammer Kunsthändler jüdischer Herkunft auszuschließen, was einem Berufsverbot gleichkam.

Nach 1933 versuchte Bernath von Sachverständigengutachten und als Vertreter zu leben. Außerdem verkaufte er nach und nach seine Bibliothek und sein Warenlager weit unter Wert. Wegen seiner alten Auslandskontakte stand er unter ständiger polizeilicher Beobachtung. Beschäftigung fand er schließlich beim amerikanischen Konsulat in Stuttgart. Als 1939 die Einweisung in ein Konzentrationslager drohte, ermöglichte Konsul Samuel Honaker ihm und seiner Frau die Flucht in die Schweiz, wo Morton Bernath jedoch keine Arbeitserlaubnis erhielt. 1941 emigrierte das Ehepaar nach Spanien und 1942 nach Mexiko.

Dort eröffnete Bernath erneut eine Kunsthandlung. Die beiden älteren Kinder waren 1935/36 ins Exil nach Südafrika und Südamerika geschickt worden und verloren den Kontakt zur Familie. Die jüngere Tochter zog 1946 ebenfalls nach Mexiko. Morton Bernath starb 1965.



Aufnahme des 30jährigen Dr. Morton Bernath auf einem Reisepapier von 1917.



Die Ehefrau Sonja Bernath auf einem Antrag für ihren Reisepass von 1921.



Aufstellung von Kunstgegenständen aus dem Besitz von Morton Bernath auf Listen über eine Versteigerung in Stuttgart im März 1936.

Akeleybecher der Metzgerzunft in Esslingen, den Dr. Bernath über seine Sekretärin noch 1934 an das Württembergische Landesmuseum verkaufen konnte.

Nr.	Stück und Gewicht	Bezeichnung der Sachen	Schätzungs-wert	Mindestpreis	Bemerkungen des Sachverständigen	Bemerkungen
322	1	Ölgen. von Eshler Venezianischer Kanal	80.-			
323	1	desgl. v. Köhler "alte Gasse"	50.-			
324	1	desgl. von Breuer "Abschied"	100.-			
325	1	desgl. alte Mühle im Winter von Thost	100.-			
326	1	desgl. v. Thost, Frühmorgens	50.-			
327	1	Convolut: Div. kleine Bronzen, Porze. Figuren usw.	25.-			
328	1	Schiffmodell	35.-			
38		Bankhaus Pick & Co Stuttgart Poststr. 5				
329	1	gestickte chinesische Flugeldecke	400.-			
39		Dr. M. Bernath Stuttgart Robert Haug Weg 12				
330	2	ovale Veduten Italien 18.J.	150.-			
331	1	Ölgen. 18.J. Venetianische Landschaft	50.-			
332	1	" Flämisch 16.J. Grablegung	50.-			
333	1	" Skizze von Janinius Zick	80.-			
334	1	" Domenichino " Kleopatra "	150.-			
335	1	" a. Kupfer " Allegor. Scene "	50.-			
336	1	" P. Halven " Historische Scene	150.-			
337	1	ant. sionener Bauernstisch	45.-			
40	39	Peter Schnorr Stuttgart Hasenbergsteige 23				
338	1	Ölmalde art Berchem	50.-			
339	1	Kelch	30.-			
340	1	Convolut: Chines. Schirm diverse silb. Biedermeierbesteckteile	40.-			
41		Herr apotheker Miller Feuerbach b. Stuttgart				
341	1	Orientalisch Mahal 4 + 3 m	400.-			

Das Ende der Baumwollspinnerei und -weberei Gutmann in Göppingen

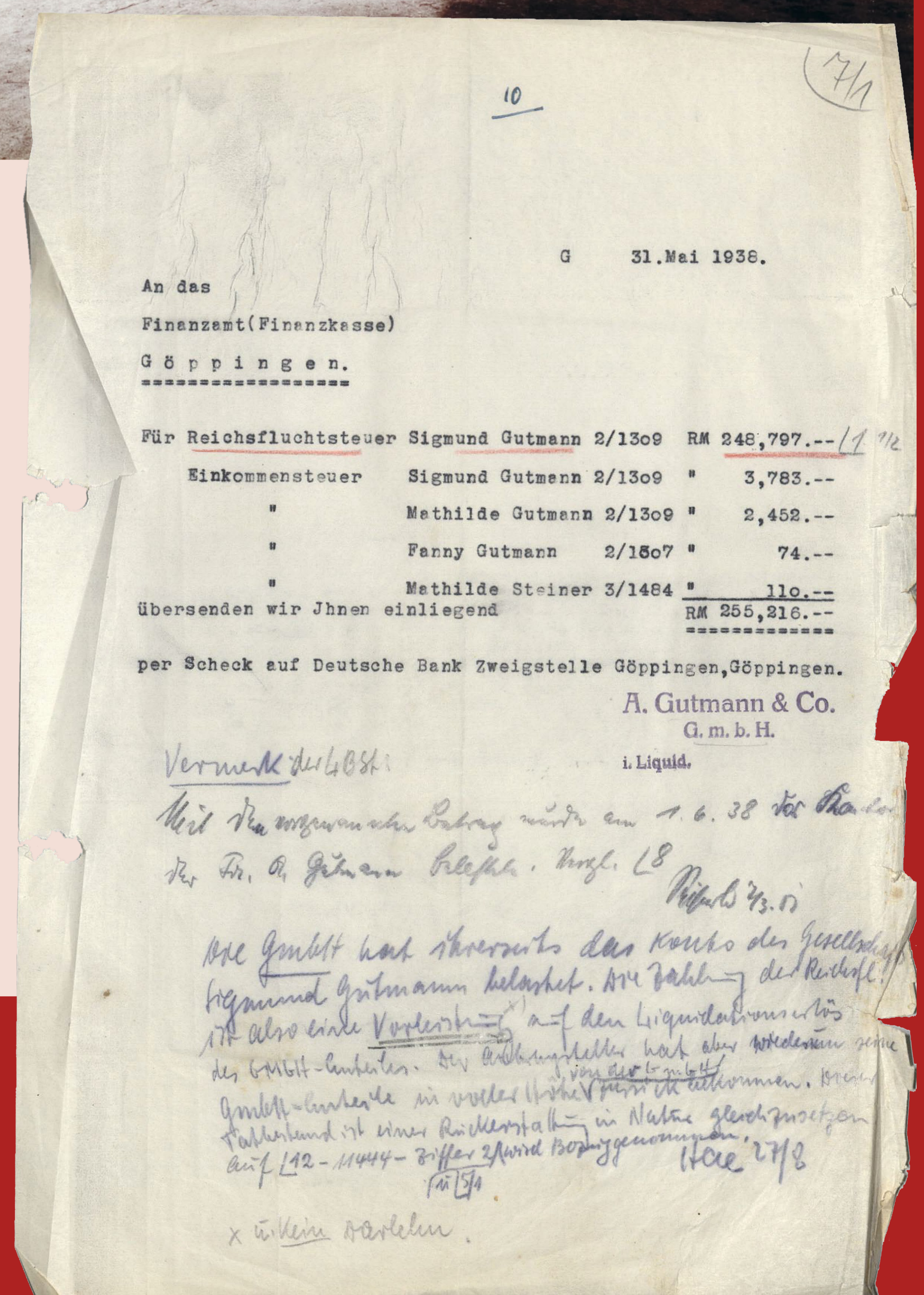
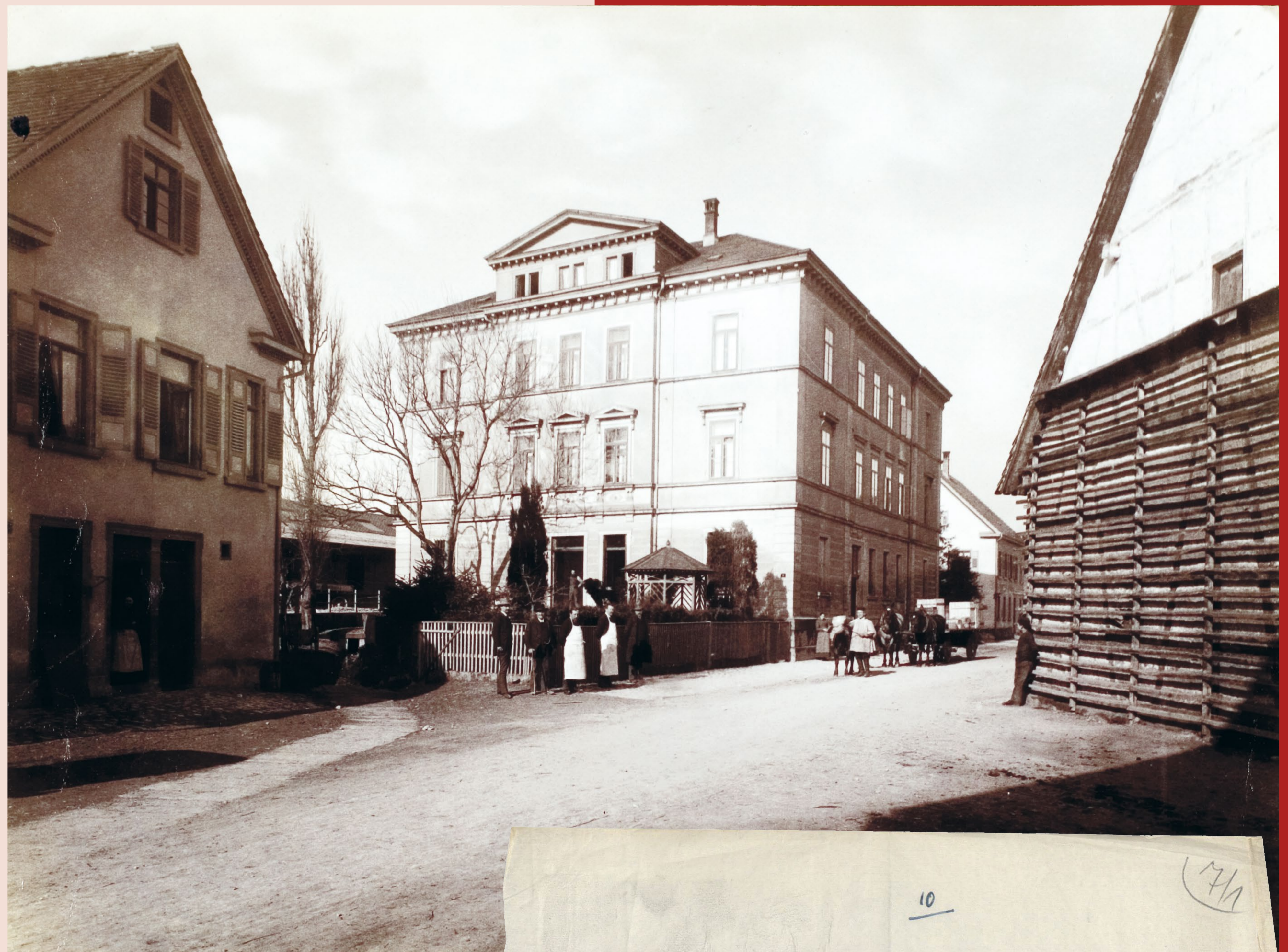
In Württemberg gehörten Textilbetriebe seit dem 19. Jahrhundert zu den wichtigsten Industriezweigen. Der Textilsektor (Fabrikproduktion und Handel) war das bedeutendste Wirtschaftsfeld der Juden. Eines der führenden Unternehmen war die Mitte des 19. Jahrhunderts gegründete Weberei Abraham Gutmann Co. GmbH in Göppingen. Sie hatte seit 1860 ihren Sitz am Bahnhofplatz und damit an prominenter Stelle im Zentrum der Stadt. Leopold Gutmann, der Sohn des Gründers, investierte in neue Produktionsstätten und förderte damit den Aufstieg des Betriebs. Nach seinem Tod 1908 übernahm mit Sigmund Gutmann die dritte Generation das Familienunternehmen. In der Weimarer Republik beschäftigte die Firma 1.200 Arbeiter und machte damit Göppingen zu einem der wichtigsten Industriestandorte Württembergs.

Im Sommer 1933 wurde der Unternehmer Leo Neuburger als »Rasseschänder« von Nationalsozialisten an einem Strick durch die Straßen Göppingens gezerrt. Spätestens jetzt war den jüdischen Unternehmern klar, was sie von den neuen Machthabern zu erwarten hatten. Sigmund Gutmann bemühte sich ab 1934 um einen Verkauf seines Unternehmens. 1938 übernahm die ebenfalls im Textilgeschäft tätige Firma Kolb & Schüle aus Kirchheim große Teile des Betriebs. Die Firma war unter ihrem Direktor und NSDAP-Mitglied Hanns Ottens im selben Jahr als NS-Musterbetrieb ausgezeichnet worden. Der Kaufpreis lag mit rund einer Million Reichsmark bei etwa einem Drittel des tatsächlichen Wertes. Die Gauwirtschaftsberatung hatte den Kaufpreis gedrückt.

Ernst Gutmann, der den Verkauf abwickeln sollte, wurde in der Pogromnacht 1938 inhaftiert und ins KZ Dachau verbracht. Nach seiner Entlassung durfte er sein Unternehmen, obwohl vertraglich zugesichert, nicht mehr betreten. Er emigrierte wie sein Bruder Sigmund in die USA. Von dem Verkaufserlös kam bei den bisherigen Gesellschaftern so gut wie nichts an. Durch verschiedene Zwangsabgaben fielen über 90 Prozent des Kaufpreises an die Staatskasse.

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs bemühte sich die Familie um eine Restitution ihres Betriebs. Im Rückerstattungsverfahren war vor allem strittig, ob der Kaufpreis 1938 angemessen war und inwieweit Investitionen von Kolb & Schüle bei der Entschädigung zu berücksichtigen seien. Schließlich erhielt die Familie Gutmann gegen Zahlung von 450.000 DM an Kolb & Schüle das Göppinger Werk zurück. Ihren Wohnsitz nahmen die alten Gesellschafter allerdings nicht mehr in Göppingen. Sie blieben in den USA. In den 1950er-Jahren verkauften sie dann ihre Anteile endgültig.

Der von Abraham Gutmann 1868 verlagerte Firmensitz in der Bahnhofstraße 6 in Göppingen, wo Fabrikation, Lager, Versand und Wohnungen untergebracht waren.



Der Webereisaal der Firma Gutmann in Göppingen in den 1920er-Jahren.

Das Werksgelände der Firma A. Gutmann & Co. an der Fils, Anfang der 1920er-Jahre.



Übersicht über die 1938 von der Familie Gutmann an das Finanzamt Göppingen gezahlten Steuern. Allein die Reichsfluchtsteuer betrug 248.797 Reichsmark.

In die Knie gezwungen – der Verkauf der Nähfadenfabrik J. Levi & Co in Hechingen

Jüdische Unternehmer machten Hechingen im 19. Jahrhundert zu einem Zentrum der Textilindustrie. Mitte der 1920er-Jahre hatten die Textilbetriebe vor Ort 2.500 Beschäftigte. Mehr als ein Drittel der in der Stadt gezahlten Steuern kam von Juden, obwohl diese nur zwei Prozent an der Bürgerschaft stellten. Zu den renommierten Betrieben vor Ort gehörte auch die 1864 gegründete Zwirnerei und Nähfadenfabrik J. Levi & Co.

Nach Investitionen in Betriebsstätten und größere Produktvielfalt in den 1920er-Jahren entwickelte sich der Textilbetrieb bis Mitte der 1930er-Jahre gut. Der Umsatz lag 1937 bei 894.399 Reichsmark. Mit 124 Beschäftigten war Levi & Co. ein wichtiger Arbeitgeber in Hechingen. Die Maßnahmen zur Verdrängung der Juden aus dem Wirtschaftsleben zeigten aber Mitte der dreißiger Jahre ihre erste Wirkung. In der Textilindustrie wurde besonders das Spinnstoffgesetz vom Dezember 1935 als Hebel zur Zurückdrängung jüdischer Unternehmer genutzt. Preise wurden von nun an staatlich festgelegt, Importe reduziert. Seit 1937 wurden zudem Devisen- und Rohstoffzuteilungen an jüdische Unternehmer gekürzt. Das traf die Firma Levi & Co. besonders hart, weil sie ihre Vorprodukte vor allem aus England und der Schweiz bezog. Nach Geschäftsübernahme durch nichtjüdische Käufer sollten diese Quoten wieder erhöht werden. Die Firma Levi wurde regelrecht zum Verkauf gezwungen.

Gleichzeitig verschlechterten sich die Bedingungen drastisch, unter denen jüdische Fabrikanten ihre Unternehmen verkaufen konnten. Das Wirtschaftsministerium musste die Kaufverträge genehmigen. Auch wurden Parteidienststellen, die Devisenstelle in Stuttgart und die Industrie- und Handelskammer Reutlingen eingeschaltet. 1938 beantragten Rudolf Levi und sein Geschäftspartner Emil Weil den Verkauf ihres Unternehmens an die Reutlinger Zwirnerei Anner OHG, deren Eigentümer bei der NSDAP als politisch zuverlässig galten. Einer der beiden Eigentümer, Herbert Anner, war seit 1933 NSDAP-Mitglied. Die Auflage des preußischen Regierungspräsidenten, die Arbeitnehmer in Hechingen weiter zu beschäftigen, sicherte Anner den NS-Behörden zu, „sofern diese arisch“ seien. Der Kaufvorgang war im Sommer 1938 abgeschlossen. Das Ehepaar Levi zog nach Stuttgart, wo Hermine Levi verstarb. Rudolf Levi wurde 1942 78-jährig und gelähmt nach Theresienstadt deportiert und starb dort nach zwei Monaten. Emil Weil und sein Sohn konnten mit ihren Familien in die USA fliehen.



Die Belegschaft der Firma J. Levi & Co. feierte am 1. Mai 1934 das 70-Jahre-Jubiläum des Unternehmens.

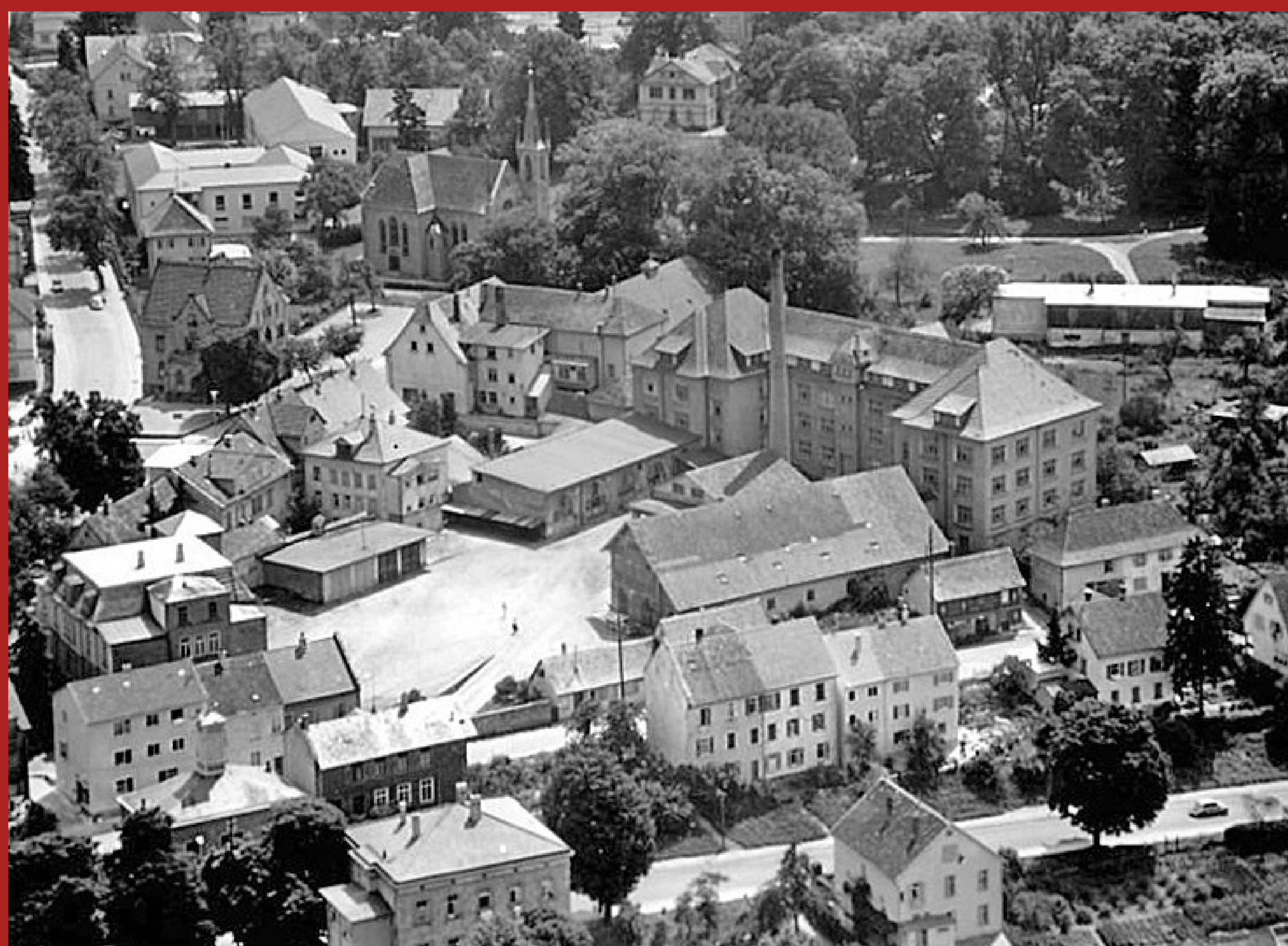


Die Produktionsanlagen der Firma J. Levi & Co am Mühlkanal in Hechingen.



Seniorchef Emil Weil und seine Ehefrau Emilie, um 1933.

Auch die anderen Textilunternehmen in Hechingen, die jüdischen Fabrikanten gehörten, wurden unter Zwang verkauft. Die Firma Löwengard & Levy wurde 1938 von der Firma Heinrich Mauthe in Bisingen übernommen. Foto aus dem Jahr 1958.



Fabrikgebäude der Firma Hermann Levy, das 1937 an die Trikotwarenfabrik Gebrüder Mayer (Trigema) überging. Foto aus dem Jahr 1958.



Wie eine traditionsreiche Heilbronner Brauerei ihren jüdischen Besitzern entrissen wurde

In Heilbronn trafen die mit außergewöhnlicher Brutalität vollzogenen antijüdischen Maßnahmen u.a. die Adler-Brauerei. Das 1882 von Gustav Würzburger als Brauerei mit angeschlossener Gaststätte gegründete Unternehmen machte sich durch den Vertrieb seines eigenen Biers und des Münchner Pschorr-Bräus einen Namen. In der Weimarer Republik entwickelte sich die Adler-Brauerei zum größten und bekanntesten Restaurant im Unterland. Die Familie Würzburger betrieb nun weitere Gaststätten. 1922 gab man die Eigenbrauerei auf, schloss einen Lohnbrauvertrag mit der Heilbronner Brauerei Cluss, deren Bier in den Flaschen der Adler-Brauerei verkauft wurde. Die Adler-Brauerei G. Würzburger war der Hauptlieferant vieler Gaststätten im Umkreis von Heilbronn geworden.

Boykottmaßnahmen, persönliche Bedrohungen und Misshandlungen

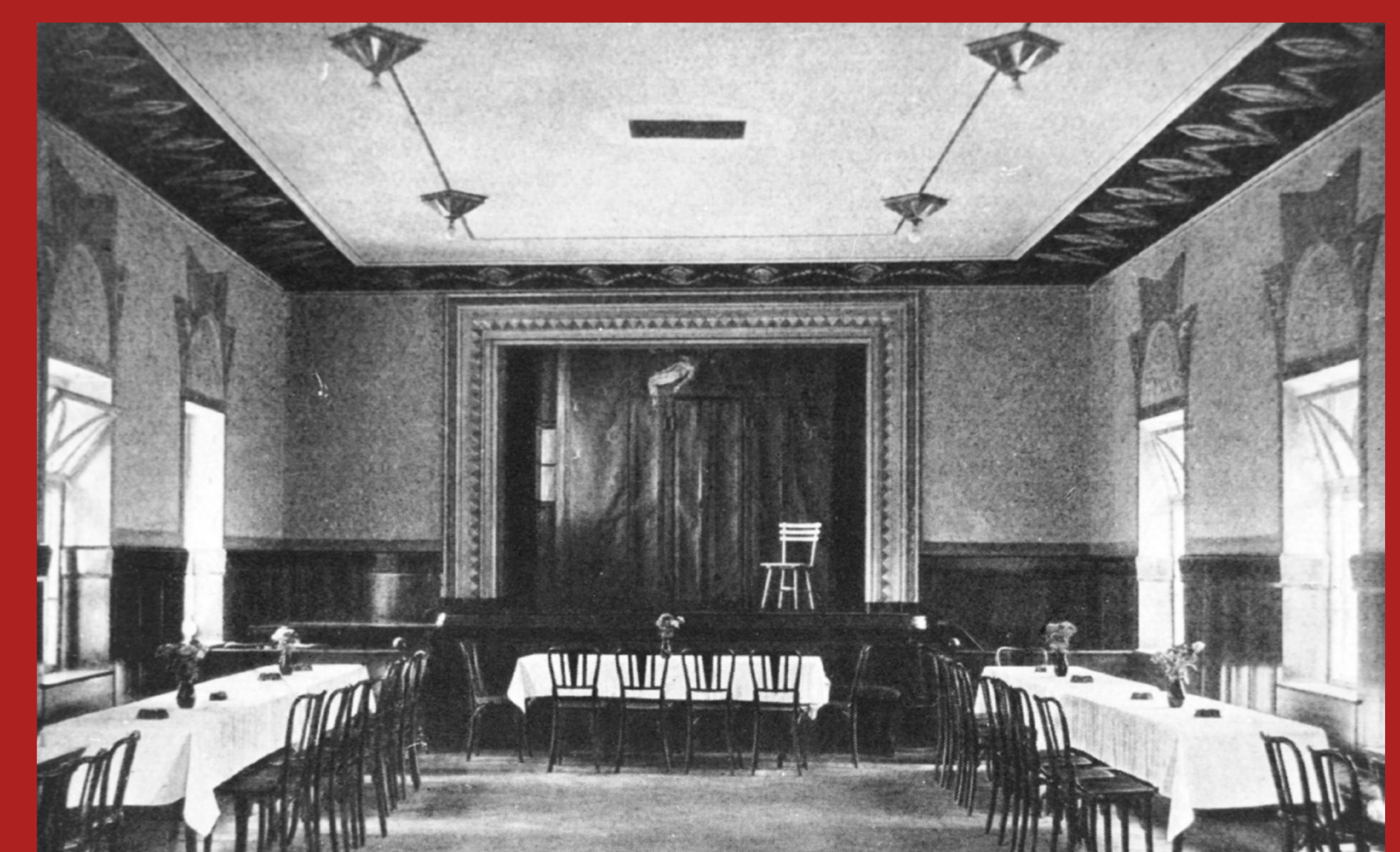
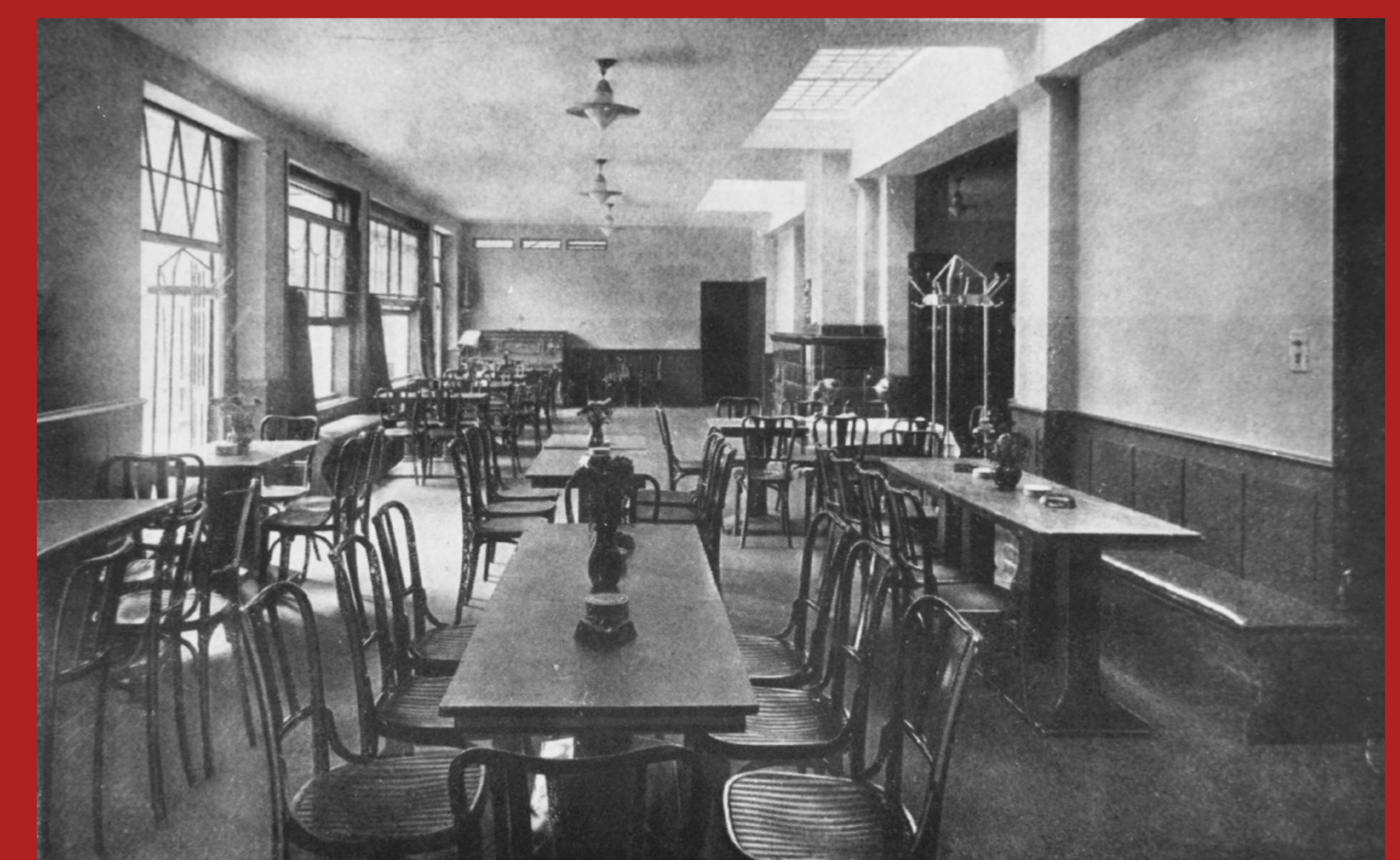
Am 1. April 1933 wurden die Adler-Brauerei und ihre Gaststätten in die Boykottmaßnahmen der NSDAP gegen jüdische Geschäfte einbezogen. Danach wurde es NSDAP-Mitgliedern durch die Kreisleitung verboten, in den Gaststätten der Adler-Brauerei und in Gaststätten, die Bier der Adler-Brauerei bezogen, einzukehren. Kreisleiter Richard Drauz drohte Restaurants mit einem Boykott, wenn sie weiter „das Judenbier“ der Adler-Brauerei ausschenken würden. Durch die Einschüchterungen verloren Nathan und Alfred Würzburger in kurzer Zeit 50 Prozent ihrer Kundschaft und waren schon 1933 gezwungen, die verbliebenen Kundenkontakte zu verkaufen. Für ihre eigenen Gaststätten verpflichteten sie sich, nur noch Bier der Brauerei Cluss zu verkaufen.

Am 11. Mai 1935 stürmte Kreisleiter Richard Drauz mit SA-Männern die Gaststätte in der Deutschhofstraße und bedrohte Alfred Würzburger, dessen Frau Rosa und Nathan Würzburger mit vorgehaltenem Revolver. Rosa und Nathan Würzburger wurden von den SA-Schlägern so misshandelt, dass sie ins Krankenhaus eingeliefert werden mussten. Nach dem Überfall ließ Drauz das Lokal schließen und erlaubte eine Wiedereröffnung erst, wenn es von Nichtjuden betrieben würde. Alfred Würzburger sah keinen anderen Ausweg, als auch die Adler-Brauerei weit unter Wert an die Firma Cluss zu verkaufen. Die Gaststätte hieß von nun an Deutscher Hof.

Noch im August 1935 floh die Familie Würzburger nach Baden-Baden und dann im Februar 1937 weiter nach Palästina. Alfred Würzburger fand dort eine Anstellung als technischer Leiter bei einer Brauerei in Bat Yam. Sein Onkel Nathan starb dort 1946. Das Ehepaar Alfred und Rosa Würzburger emigrierte 1955 von Israel in die USA. Beide sind in Brooklyn gestorben.



Das Stammhaus der Familie Würzburger: Das Restaurant Adler-Brauerei in Heilbronn, das zum bekanntesten Lokal im Unterland wurde.



Die Firma G. Würzburger bot in ihren Gaststätten vielfältige Räume für unterschiedliche gesellschaftliche Anlässe. Auch Räume mit Bühne für Theater- und Konzertveranstaltungen standen zur Verfügung.



Richard Drauz, der NSDAP-Kreisleiter in Heilbronn, war die treibende Kraft hinter den Attacken gegen die Adler-Brauerei.

Am 1. April 1933 besetzten SA-Posten die Eingänge zu den Lokalen der Adler-Brauerei.

Die Schramberger Majolikafabrik (SMF) der Familie Meyer im Fadenkreuz der Nationalsozialisten

Die Schramberger Majolikafabrik GmbH für Keramische Kunst-Malereien wurde 1912 aus einer aufgegebenen Zweigstelle des saarländischen Keramikunternehmens Villeroy & Boch gegründet. Eigentümer der neuen Firma waren Leopold und Moritz Meyer, die aus einer jüdischen Familie aus Groß-Steinheim in Hessen stammten. Das Brüderpaar ließ in ihrer Fabrik Gebrauchsgeschirr in Feinsteingut und Kunstmajoliken produzieren. Nach dem Ersten Weltkrieg, in dem Moritz Meyer bei Verdun eine Gasvergiftung erlitt, musste die Majolikafabrik neu konsolidiert werden. Durch Investitionen und innovative Produktentwicklungen prosperierte die Firma in den folgenden Jahren. Mit Eva Zeisel konnte eine junge jüdisch-ungarische Designerin gewonnen werden, die den Geist des Bauhauses nach Schramberg brachte. Moritz Meyer wurde schon 1930 von der NSDAP-Ortsgruppe als Jude beleidigt und wegen seiner Unterstützung der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold diffamiert.



Die Schramberger Majolikafabrik (SMF) in den 1920er-Jahren.

KZ-Haft erzwingt den Verkauf an einen NS-Spitzenfunktionär

Ab 1933 litt die Majolikafabrik unter Boykottmaßnahmen. Als die Brüder Meyer 1937 planten, ihr Unternehmen zu verkaufen, schalteten sich die Industrie- und Handelskammer Rottweil und die Vermittlungszentrale in Stuttgart ein. Sie übten massiven Druck aus, um einen Käufer aus NS-Kreisen durchzusetzen. Nach der Pogromnacht 1938 wurden Leopold und Moritz Meyer verhaftet und ins KZ Dachau verschleppt. Dort hat man Moritz Meyer gezwungen, sich mit seiner Unterschrift zur Auswanderung und zum Verkauf seines gesamten Grundbesitzes zu verpflichten.

Kurz nach ihrer Entlassung aus Dachau wurden die Brüder Meyer am 23. Dezember 1938 in die Vermittlungszentrale nach Stuttgart vorgeladen, wo man sie unter Beleidigungen und Drohungen zum Verkauf ihres Unternehmens zwang. Als Verkaufspreis wurden 350.000 Reichsmark diktiert. Bei der notariellen Vertragsunterzeichnung bekamen sie erstmals den neuen Eigentümer der Majolikafabrik zu Gesicht – den 36jährigen NS-Gaupersonalamtsleiter Alfons Zeller aus Stuttgart. Bevor Leopold Meyer in die USA und Moritz Meyer mit Frau und Sohn nach England fliehen konnten, wurden ihnen die Pässe eingezogen und erst nach der Zahlung von 15.000 Reichsmark an die Deutsche Arbeitsfront wieder ausgehändigt.

Moritz Meyer gelang nach der Restitution der Schramberger Majolikafabrik durch das Landgericht Rottweil am 15. Oktober 1948 ein Neuanfang. 1949 kehrte er nach Schramberg zurück und führte die Majolikafabrik zu neuer Blüte.

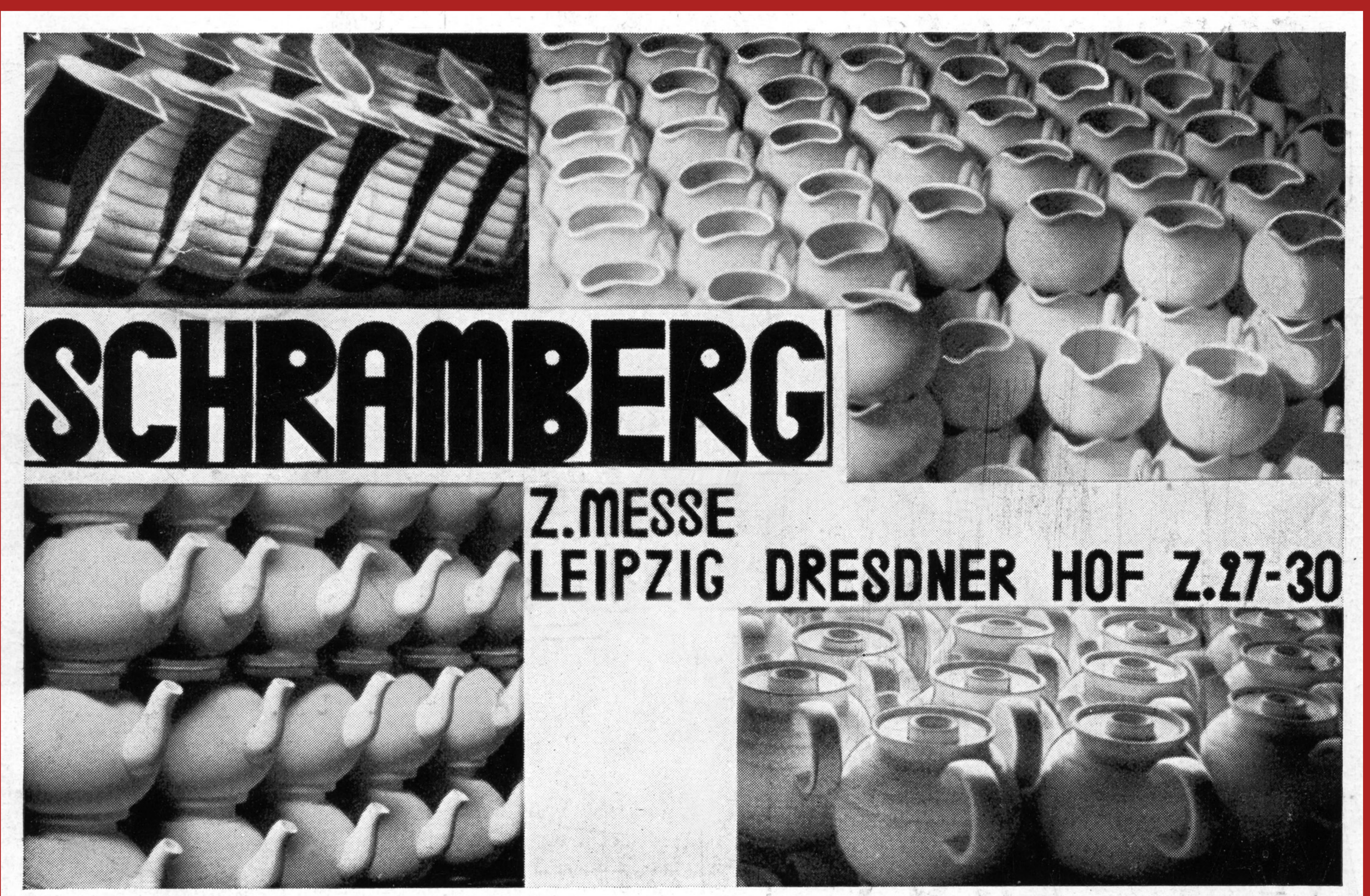


Moritz Meyer um das Jahr 1912.



Moritz Meyer, Ehrenbürger der Stadt Schramberg, mit seinen Enkeln Annette und Michael Melvin in den 1960er-Jahren.

Werbepostkarte der Schramberger Majolikafabrik (SMF) für die Leipziger Messe in der Weimarer Republik.



Der jüdische Verleger Rothschild in Rottweil wird zur Aufgabe gezwungen

1933 wurde die Schwarzwälder Bürger-Zeitung schon in dritter Generation von der jüdischen Familie Rothschild in Rottweil geführt. 1855 gegründet, erreichte sie 1904 die Auflagenhöhe von 2.820 Exemplaren. Ihre politische Linie war im Kaiserreich und in der Weimarer Republik staatstragend. Die wichtigste Konkurrenzzeitung in Rottweil und Umgebung war seit Ende des 19. Jahrhunderts der Schwarzwälder Volksfreund, der die politische Linie des katholischen Zentrums unterstützte. Beide Zeitungen waren als Amtsblätter des Rottweiler Oberamtes zugelassen.

Die NSDAP geht gegen die unabhängigen Zeitungen vor

Nach dem Ersten Weltkrieg tauchten in Rottweil erste antisemitische Flugblätter auf. Anfang 1933 stellte der NSDAP-Kreisleiter Wilhelm Acker beim Rottweiler Bezirksrat den Antrag, der Schwarzwälder Bürger-Zeitung als »jüdischer Firma« den Status als Amtsblatt zu entziehen. Im Mai 1933 wurde darauf die NS-Volkszeitung zum alleinigen Amtsblatt des Oberamtes Rottweil erklärt und damit der Schwarzwälder Bürger-Zeitung und auch dem Schwarzwälder Volksfreund eine wichtige Einnahmequelle genommen.

Die Rottweiler NSDAP begann eine besondere Hetze gegen die Verlegerbrüder Wilhelm und Ernst Rothschild. Sie wurden aus dem Schwäbischen Albverein und dem Schwarzwaldverein hinausgedrängt, weil sie Juden waren.

Durch das NS-Schriftleitergesetz vom 1. Januar 1934 wurden alle Journalisten gezwungen, sich beim Reichverband der deutschen Presse neu registrieren zu lassen. So sollten jüdische und politisch unliebsame Journalisten von der Reichspressekammer aussortiert werden. Für Ernst Rothschild, der für seine Zeitung auch journalistisch arbeitete, war eine Verlegertätigkeit damit unmöglich geworden. Ernst und Wilhelm Rothschild waren gezwungen, am 30. Mai 1934 das Erscheinen der Schwarzwälder Bürger-Zeitung einzustellen.

Ernst Rothschild floh mit seiner Frau und seinen Kindern 1937 über die Schweiz in die USA. Wilhelm Rothschild folgte ihm, nachdem er nach der Pogromnacht am 9. November 1938 bis 20. Dezember 1938 im Konzentrationslager in Dachau in Haft war. Die Brüder Rothschild sind 1966 und 1978 in den USA gestorben.



Gebäude der Verlagsdruckerei Rothschild in Rottweil, in dem die Schwarzwälder Bürger-Zeitung produziert wurde.

M. Rothschilds Buchdruckerei
Rottweil am Neckar

empfeht sich zur Anfertigung von Druckfachen jeder Art für den Bedarf der Behörden, für Handel, Industrie und Gewerbe, wie für den gesellschaftlichen Verkehr. Sie liefert prompt und preiswert und ist gerne bereit, mit Entwürfen und Kopienentwürfen zu dienen. * * * * *

Die **Schwarzwälder Bürger-Zeitung**
Rottweiler Anzeiger

das Amtsblatt für das Oberamt Rottweil, ist im Jahre 1799 gegründet worden und in allen Bedürfnisrichtungen gelesen; in ihr veröffentlichte Anzeigen müssen deshalb besten Erfolg haben. * * * * *

Telef. Nr. 207 * Telef. Nr. 207

Die eigene Buchbinderei

gibt M. Rothschilds Buchdruckerei die Möglichkeit, Blocks aller Art, Durchschreib- und andere Bücher rasch und billig anzufertigen und alle in das Buchbindereisch einschlagenden Arbeiten zur vollen Zufriedenheit des Bestellers auszuführen. * * *

Werbeannonce für die Verlagsdruckerei Rothschild und die Schwarzwälder Bürger-Zeitung im Rottweiler Adressbuch von 1931.

Schwarzwälder Bürger-Zeitung Rottweil a. N.

Rottweiler Anzeiger * * Amts- und Anzeigenblatt für das Oberamt Rottweil
Blatt der Unterhaltungsbeilage „Familien-Blätter“ * * Haus und Hof * * Das Leben im Bild
Erfolgreiches Interims-Organ / Preis der einseitigen Zeitseite für Interate 20 Pfg., für Neulame 50 Pfg.
Gegründet im Jahr 1799 * Fernsprecher 207 * Postfachamt Stuttgart Nr. 25193

Rottweil a. N., den 27. Mai 1933

Herrn
Landrat Regelmann
Rottweil.

Sehr geehrter Herr Landrat!

Nachdem nun die Antragsfrage von Ihnen zu unsern Ungunsten entschieden werden musste, möchten wir Ihnen doch danken für das grosse Wohlwollen, das Sie uns bei der ganzen Behandlung dieser Angelegenheit bewiesen haben und für Ihre Rücksichtnahme auf unsern Verlag und unsere Familie.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Schwarzwälder Bürger-Zeitung
Rottweil a. N.

W. Rothschild *E. Rothschild*

Dank und Abschied.

Mit der vorliegenden Nummer tritt mein 135. Jahrgangsstell die „Schwarzwälder Bürger-Zeitung“ heute ihr Erscheinen ein.

Mit tiefem Bedauern sehen sich, gezwungen durch die Zeitverhältnisse, Redaktion und Verlag veranlaßt, diesen Schritt zu tun.

Wir scheiden von unseren Lesern und Mitarbeitern mit herzlichem Dank für ihre Treue, wir danken den wohlwollenden Kreisen in Stadt und Land für die uns im Laufe der Jahrzehnte reichlich bewiesene Überduldung, Sympathie und Hilfsbereitschaft, ganz besonders danken wir Allen, die auch in den letzten vergangenen Monaten trotz allem uns nicht im Stich ließen und treu zu uns standen.

Sogleich scheiden wir in dem stolzen Bewußtsein, in den vielen Jahrzehnten mit unserer Bürger-Zeitung in drei Generationen uns stets unentwegt für Volk und Vaterland, für deutsche Art und für die Heimat voll und ganz, offen und ehrlich eingesetzt und so als fünfzigjähriges Bezirksamtsblatt die Achtung und Anerkennung nicht nur der Behörden, sondern auch weite Kreise der Bevölkerung des Bezirkes erworben und erhalten zu haben.

Wie wir in Krieg und Frieden dem Vaterland gegenüber treu und ganz und ganz unsere Pflichten erfüllt haben, so verabschieden wir uns mit dem Wunsch:
„Es blühe und gedeihe unser deutsches Vaterland!“

Rottweil, den 30. Mai 1934.

Verlag und Redaktion
der Schwarzwälder Bürger-Zeitung
Wilhelm Rothschild - Ernst Rothschild.

Die Verleger der Schwarzwälder Bürger-Zeitung verabschieden sich am 30. Mai 1934 von ihren Lesern und Mitarbeitern mit einem patriotischen Bekenntnis zu Deutschland.

Schreiben von Wilhelm und Ernst Rothschild an den Rottweiler Landrat nach dem Verlust des Amtsblattstatus für die Schwarzwälder Bürger-Zeitung.

Das Ende eines demokratischen Kinos in Schramberg

Lichtspielhäuser waren in den 1920er- und 1930er-Jahren sehr populär. Deshalb versuchten die NS-Kulturbehörden, ab 1933 alle Kinobetriebe unter eine rigide Kontrolle zu stellen. Der in Laupheim gebürtige jüdische Filmpionier Carl Laemmle eröffnete mit dem jüdischen Kaufmann Max Friedland mit der Lichtspielbetriebs GmbH Laupheim ab 1927 mehrere Kinos in Süddeutschland. Laemmle war 1884 in die USA ausgewandert und hatte dort einen Filmverleih und später in Hollywood eine berühmte Produktionsfirma und ein Filmstudio gegründet. In Schramberg ließen Laemmle und Friedland einen Neubau im Bauhaus-Stil durch den Kino-Architekten Paul Darius errichten. Das „Lichtspielhaus für Alle“ verfügte über 500 Plätze und verstand sich als Stätte der „Erholung, Unterhaltung und Belehrung“.

Von Anfang an waren rechtsradikale Kräfte um die NSDAP scharfe Gegner dieses Kinos. Ihre Angriffe steigerten sich, als das Lichtspielhaus mit der Aufführung des Antikriegsfilmes „Im Westen nichts Neues“ 1932 Besucherrekorde verzeichnete. In der Schramberger NS-Presse wurde massiv gegen den Film und das „Lämmle-Kino“ gehetzt. Am 1. April 1933 riefen die Nationalsozialisten zum Boykott des Kinos auf: „Kein Deutscher geht in ein jüdisches Kino!“

Die Nationalsozialisten bringen das Kino unter ihre Kontrolle

Max Friedland, den man im April 1933 kurzzeitig verhaftet hatte, floh im Juli 1933 nach Paris. Im selben Jahr musste sich das Lichtspielhaus der Reichsfilmkammer und der Reichskulturkammer anschließen, die fortan das Filmprogramm bestimmten. In dieser Zwangslage verkauften Carl Laemmle und Max Friedland ihre Anteile an der Lichtspielbetriebs GmbH Laupheim an den Berliner Filmunternehmer Rüdiger von Etzdorf. Der nationalsozialistische Bürgermeister von Schramberg, Dr. Fritz Klingler, konnte mit massivem Druck erreichen, dass das Kino an seinen Freund Max Steib – ab 1937 NSDAP-Mitglied – verpachtet wurde. Steib konnte es 1935 schließlich weit unter Wert für 88.000 Reichsmark kaufen. Aus dem Kino mit aufklärerischem Programm war eine Einrichtung der NS-Propaganda geworden.

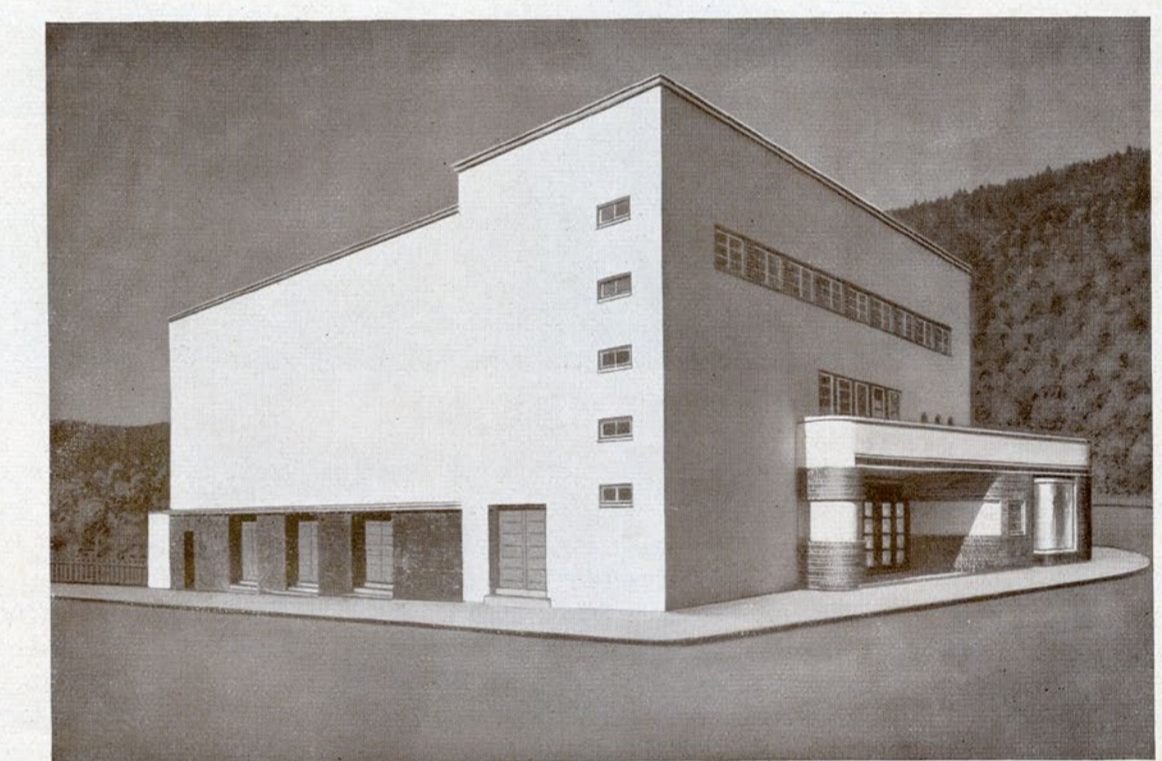
Am 25. April 1949 reichte Max Friedland in New York beim Landgericht Rottweil Klage auf Herausgabe des Kinos und der erzielten Gewinne ein. Der Klage schlossen sich die Erben Carl Laemmles an. Nach einem außergerichtlichen Vergleich behielt Max Steib das Kino und zahlte 50.000 DM an die Kläger. Vom Gericht wurde er in Bezug auf den Zwangsverkauf von 1935 als „gutgläubig“ eingestuft. Das Kino wurde bis 2005 weitergeführt.

Das Lichtspielhaus in Schramberg auf einem Gemälde von Franz Hützschke um 1930.



Lichtspielhaus Schramberg der Lichtspielbetriebs-Gesellschaft m. b. H. Laupheim Direktion: Max Friedland

Festschrift zur Eröffnung 25. Oktober 1928



Entwurf und Oberbauleitung: Paul Darius, Architekt, Stuttgart
Technischer Mitarbeiter: Karl Braun, Architekt, Stuttgart
Oertliche Bauleitung: Paul Gäis, Architekt, Schramberg

Einführungs-Programm:

26. Okt. bis 29. Okt. „Robert und Bertram“
28. Okt. mittags 11–12 Uhr: „Morgenster, Das Blumenwunder“
30. Okt. bis 1. Nov. „Ich hat einen Kameraden“
(in Hinblick auf Montagtag)
2. Nov. bis 5. Nov. „Alpenglöhen“
6. Nov. bis 8. Nov. „Die Heilige und ihr Narr“
Ab 29. Oktober: „Das Blumenwunder“ als Schülervorstellung

Beachten Sie bitte beiliegenden Anhang der Filmfolge 1928/29
Jedes Programm hat die neueste Wochenschau und entsprechendes Beiprogramm.
Dem vorzüglich geleiteten Theater-Orchester steht ein J. Bau-Flügel und ein neuestes Schiedmayer Kino-Orchester Harmonium zur Verfügung, sodass Film und Musikbegleitung allen Ansprüchen eines modernen Lichtspiel-Theater-Betriebs gerecht werden

Festschrift zur Einweihung des Lichtspielhauses in Schramberg am 25. Oktober 1928.



Porträt von Carl Laemmle.

Kundgebung der NSDAP-Ortsgruppe Schramberg am 1. Mai 1933, bei der der Platz vor dem Lichtspielhaus von Ebert- in Paradiesplatz umbenannt wurde.

(Aufnahme: Franz Kasenbacher, Schramberg)



Administrativer Druck bis zum Ruin – die Ausschaltung der jüdischen Ärzte

In Württemberg und Hohenzollern gab es im Jahr 1933 etwa 150 jüdische Ärztinnen und Ärzte, von denen die meisten in den größeren Städten praktizierten. Sie sahen sich schon seit Frühjahr 1933 massivem Druck der Nationalsozialisten ausgesetzt.

Soweit sie freiberuflich tätig waren, wurden ihre Praxen in den Verkaufsboykott am 1. April einbezogen. Die stigmatisierten Arztpraxen hatten danach unter einem deutlichen Rückgang an Patienten zu leiden. Das verstärkte sich noch, nachdem aufgrund von Verordnungen am 22. April zunächst den Ärzten und am 2. Juni den Zahnärzten die Zulassung als Kassenarzt entzogen werden konnte. Auch eine Tätigkeit als Vertrauens- oder Unfallarzt wurde Juden wenig später untersagt.

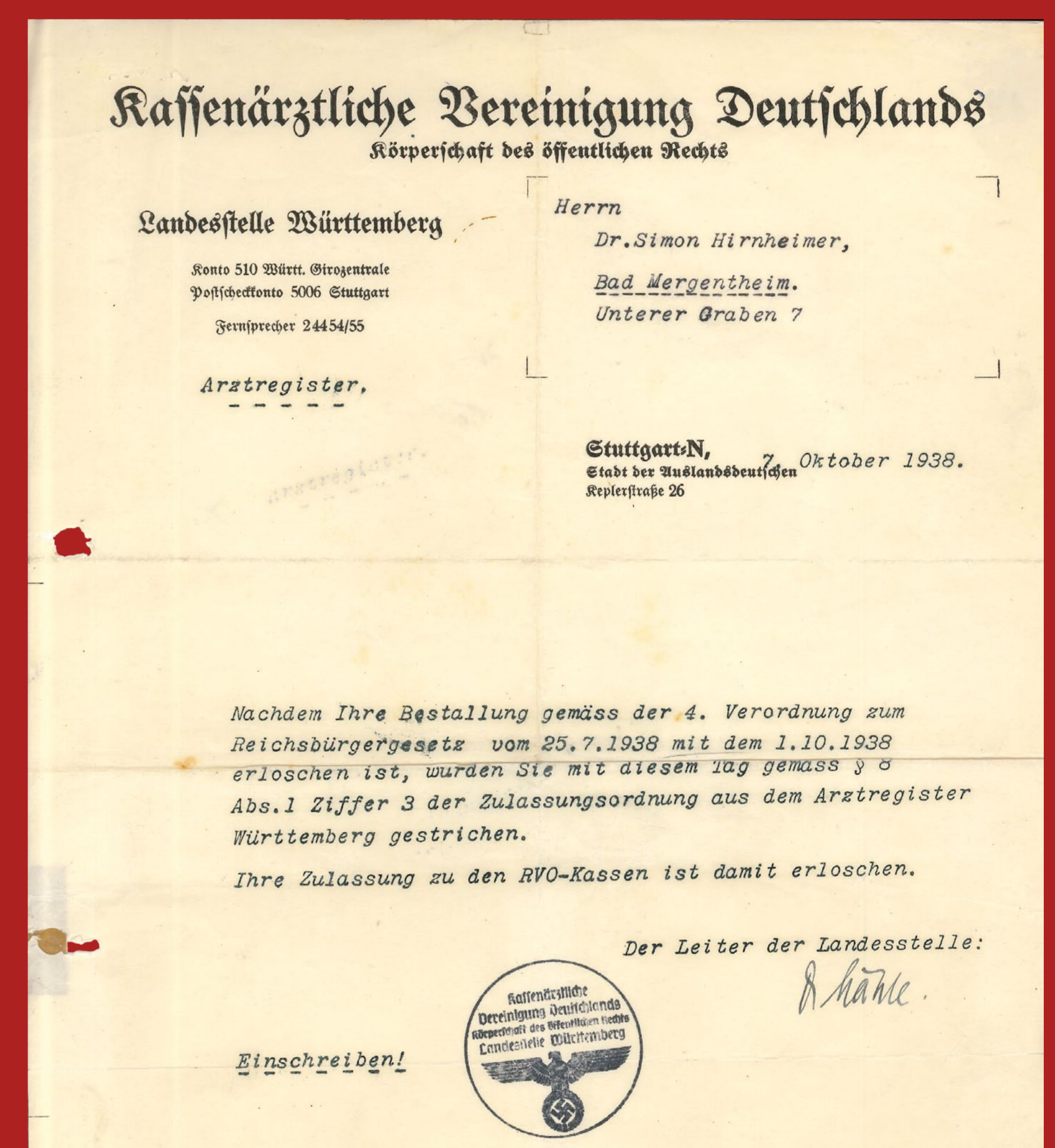
Die Entlassung der jüdischen Ärzte, die im öffentlichen Dienst beschäftigt waren, hatte schon das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 ermöglicht. Im Juli wurde schließlich die Zusammenarbeit zwischen »deutschstämmigen« und »fremdrassigen« Medizinern untersagt, womit Patientenüberweisungen zwischen jüdischen und nichtjüdischen Ärzten nicht mehr möglich waren. Binnen weniger Monate geriet bereits 1933 die gesamte jüdische Ärzteschaft in eine existenzbedrohende Krise.

Trotz wachsender wirtschaftlicher Probleme bemühten sich viele, ihre ärztliche Tätigkeit zumindest für Privatpatienten aufrechtzuerhalten. Weil der Stigmatisierungsdruck in Dörfern und Kleinstädten stärker zu spüren war, wichen manche in größere Städte aus. Andere entschlossen sich zur Flucht. Die weiter praktizierenden Ärzte sahen sich Schikanen der Behörden etwa bei der Anmietung von Praxisräumen oder auch dem direkten Druck der Gestapo ausgesetzt.

Im Frühjahr 1938 waren in Württemberg noch zwischen 40 und 50 jüdische Ärzte tätig. Ihnen wurde am 1. Oktober 1938 endgültig die Approbation entzogen. Einige wenige durften als sogenannte »Krankenbehandler« weiterpraktizieren und konnten so bis zur Deportation der verbliebenen Juden wenigstens eine minimale medizinische Versorgung ihrer Glaubensgenossen sicherstellen.



Plakat mit Boykottaufruf der Ludwigsburger NSDAP zum 1. April 1933. Darauf sind auch drei jüdische Ärzte aufgeführt.



Ausschluss des Mergentheimer Arztes Dr. Simon Hirzheimer aus dem Arztregister Württemberg vom 9. Oktober 1938.



Dr. Alice-Nägele praktizierte als Fachärztin für Haut- und Geschlechtskrankheiten in Stuttgart. Sie war die Ehefrau des bekannten Stuttgarter Künstlers Reinhold Nägele, beklagte aber trotzdem schon 1933 einen Niedergang ihrer Praxis. Das Ehepaar emigrierte 1939 in die USA.



Dr. Alfred Dannhäuser war ein bekannter Nervenarzt und Psychotherapeut in Stuttgart. Er musste seine Praxis aufgeben, da immer weniger Patienten zu ihm kamen. Er emigrierte 1937 nach New York. Sein Dokortitel der Universität Tübingen wurde ihm 1940 aberkannt. Im selben Jahr starb er in den USA.



Dr. Ludwig Zürnndorfer war Viehhändlersohn aus Rexingen. Nach dem Studium arbeitete er zunächst in einem Krankenhaus und ließ sich dann als praktischer Arzt in Stuttgart nieder. Da er Soldat im Ersten Weltkrieg war, konnte er 1933 zunächst seine Krankenkassenzulassung behalten. Am 11. November 1938 wurde er in Dachau inhaftiert. 1939 floh er über England in die USA.



Dr. Eugen Marx arbeitete als Kurarzt in Bad Teinach. Denunziationen zwangen ihn schon 1934, zu Verwandten nach Köln zu ziehen. Dort starb seine Frau. Er konnte noch als Vertretung für jüdische Ärzte arbeiten und floh 1938 nach Shanghai. Seine beiden Töchter wurden in Maly Trostinec ermordet.



Dr. Hans Levi arbeitete im Städtischen Kinderheim und im Marienhospital in Stuttgart. Er stammte aus Buttenhausen. Schon sein Vater war in Münsingen Arzt gewesen. Ab 1932 war Hans Levi in der katholischen Nervenheilstalt Rottenmünster tätig. Auf Druck des Ministerialdirektors im Innenministerium, Dr. Eugen Stähle, wurde er 1934 entlassen, weil er Jude war. Er emigrierte in die USA.

Entrechtung und Verfolgung der Rechtsanwälte

Jüdische Juristen zählten für die Nationalsozialisten zur meistgehassten Berufsgruppe, weil sie das demokratische Weimarer Rechtssystem verkörperten. In Württemberg-Hohenzollern gab es am Vorabend des NS-Regimes 86 niedergelassene Rechtsanwälte, die als Juden verfolgt wurden, 61 davon waren in Stuttgart ansässig.

Vom stillen Boykott bis zum Berufsverbot

Bereits Ende März 1933 fanden im Gericht in Stuttgart zwei willkürliche Verhaftungen von sozialdemokratischen jüdischen Juristen statt (Amtsrichter Dr. Fritz Bauer und ein Rechtsreferendar – beide konnten später emigrieren). Am 1. April 1933 standen auch vor Kanzleien im ganzen Land SA-Posten. Ein stiller Boykott von Klienten setzte ein und führte zu großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, wie der Fall der angesehenen Heilbronner Kanzlei „Dr. Gumbel, Koch & Dr. Scheuer“ zeigt.

Durch das Anwaltsgesetz vom 7. April 1933 verloren die jüngeren Anwälte und alle Juristinnen ihre Zulassungen. Die damals noch geltende Ausnahmeregelung für ehemalige Frontkämpfer und sogenannte Alt-Anwälte wurde schrittweise ab Herbst 1935 gestrichen und am 27. September 1938 ein Berufsverbot für jüdische Rechtsanwälte verhängt. Die Existenzvernichtung zwang fast drei Viertel der jüdischen Anwälte zur Flucht. Kaum einer konnte im Exil in seinem erlernten Beruf arbeiten. Je später sie flohen, desto massiver wurden sie ausgeraubt. Das Ziel der Nazis, die »Aussonderung« der Juden aus dem „deutschen Justizwesen“, war erreicht.

Nur noch »Konsulenten«

Sehr wenige ehemalige Anwälte arbeiteten ab 1939, laut NS-Verordnung, als »Konsulenten«. Sie durften nur noch die Belange ihrer Leidensgenossen vertreten und hatten sehr viel zu tun, weil die verbliebenen Juden immer wieder Rechtsbeistand brauchten. Von den sieben Württemberger »Konsulenten« überlebten nur Dr. Robert Perlen und Dr. Benno Ostertag die Shoah.

Unter den Nationalsozialisten wurden 18 jüdische Rechtsanwälte ermordet, drei von ihnen hatten Suizid begangen, die anderen starben in den KZs Dachau, Mauthausen, Theresienstadt und Auschwitz.

Jüdische Anwälte in Stuttgart

1. Adler I, Sal., Stuttgart, Friedrichstraße 23b;
2. Adler II, Sal., Stuttgart, Sophienstraße 21b;
3. Bach, Alfr., Stuttgart, Martenstraße 23a;
4. Carlebach, Dr. Herm., Stuttgart, Kronenstraße 24;
5. Deffauer, Erich, Cannstatt, Seelbergstraße 1;
6. Einstein, Alfr., Stuttgart, Kottbühlstraße 1a;
7. Einstein, Dr. jur. Walter, Stuttgart, Königstraße 46;
8. Eiss, Hans, Stuttgart, Charlottenstraße 19;
9. Erlanger, Fritz, Stuttgart, Tübinger Straße 14a;
10. Erlanger, Hugo, Stuttgart, Tübinger Straße 14a;
11. Eshlinger II, Gustav, Stuttgart, Königstraße 51;
12. Eshlinger I, Dr. jur. Karl, Stuttgart, Königstraße 82;
13. Flegenheimer, Dr. jur. Eugen, Stuttgart, Charlottenstraße 5;
14. Fleischer, Bernh., Stuttgart, Friedrichstraße 19;
15. Goldschmidt, Ed., Stuttgart, Friedrichstraße 50;
16. Grünberg, Dr. jur. Martin, Stuttgart, Friedrichstraße 32;
17. Gumbel, Dr. Sigm., Stuttgart, Königstraße 35;
18. Gumbel, Dr. Walter, Stuttgart, Königstraße 35;
19. Günzinger, Dr. Alfr., Stuttgart, Königstraße 72;
20. Heß, Dr. jur. Ludw., Stuttgart, Kirchstraße 16;
21. Kahn, Dr. jur. Alfr., Stuttgart, Königstraße 43b;
22. Kessler-Meis, Frau Ella, Stuttgart, Königstraße 40;
23. Kiefe II, Dr. Wd., Stuttgart, Schmale Straße 9;
24. Kiefe III, Dr. Alfr., Stuttgart, Schmale Straße 9;
25. Kiefe I, Dr. Wilhelm, Stuttgart, Werastraße 3;
26. Lehmann, Dr. jur. Henry, Stuttgart, Mäckerstraße 7;
27. Levi-Serie, Ernst, Stuttgart, Königstraße 31b;
28. Lieblich, Dr. Karl, Stuttgart, Königstraße 16;
29. Liebmann, Dr. Walter, Stuttgart, Calwer Straße 16;
30. Löwenstein, Walter, Stuttgart, Friedrichstraße 23b;
31. Mainzer II, Wd., Stuttgart, Uhländerstraße 15b;
32. Mainzer III, Dr. Edwin, Stuttgart, Marienstraße 33;
33. Mainzer I, Dr. Nob., Stuttgart, Marienstraße 33;
34. Mayer III, Alfr., Stuttgart, Gymnasiumstraße 1;
35. Merzbacher, Dr. Herm., Stuttgart, Marienstraße 2;
36. Merzbacher, Dr. Siegf., Stuttgart, Marienstraße 2;
37. Neuburger, Dr. Eug., Stuttgart, Lindenstraße 3;
38. Osterlag, Dr. jur. Benno, Stuttgart, Marienstraße 1c;
39. Dittenheimer, Dr. jur. Ludwig, Stuttgart, Kanalestraße 33;
40. ... Dr. jur. Nob., Stuttgart, Marienstraße 33;
41. ... Dr. jur. Nob., Stuttgart, Königstraße 40;
42. Rosenfeld, Dr. jur. Sal., Stuttgart, Tübinger Straße 21;
43. Rothfild, Mart., Cannstatt, Seelbergstraße 1;
44. Sanger, Wd., Stuttgart, Digastraße 6;
45. Schmal, Dr. jur. Nob., Stuttgart, Kanalestraße 1;
46. Schwarz, Dr. jur. Will., Stuttgart, Friedrichstraße 52;
47. Schweizer, Dr. jur. Alfr., Stuttgart, Schmale Straße 9;
48. Sibbel, Dr. Wd., Stuttgart, Breite Straße 4;
49. Strauß I, Dr. jur. Max, Stuttgart, Kanalestraße 2;
50. Strauß II, Dr. Walter, Stuttgart, Kirchstraße 12;
51. Sanger, Dr. jur. Paul, Stuttgart, Königstraße 46;
52. Thalmeffinger II, Kurt, Stuttgart, Kanalestraße 2;
53. Thalmeffinger I, Otto, Stuttgart, Kanalestraße 2;
54. Uhlmann, Manfred, Stuttgart, Kirchstraße 12;
55. Wolf I, Nob., Stuttgart, Kleine Königstraße 1;
56. Wolf I, Dr. jur. H., Stuttgart, Uhländerstraße 15b;
57. Wolf II, H., Cannstatt, Königstraße 51.

Jüdische Vereine in Stuttgart

Berühmte-Anerkennung-Verein (Jüd. Jugendb.)
Vorstand: Rechtsanwalt W. Einstein, Augustenstr. 43
Kassier: Rechnungsrat Jul. Witzmann, Neue Weinsteige 18
Schorfholim (Chilubischer Verein)
Vorstand: David Horowitz, Augustenstr. 41
Kassier: Samuel Januar, Urbanstr. 44
Vertilbertreter

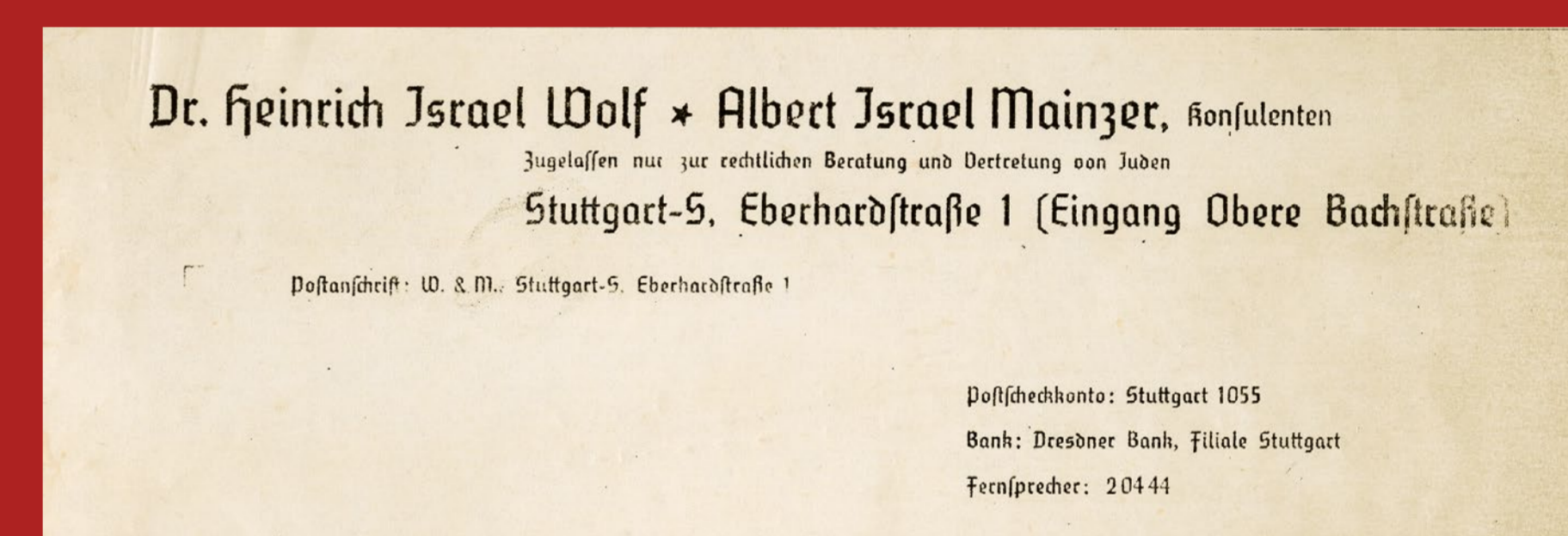
Familienverein:
Vorstand: Geschäftsstelle Gymnasiumstraße 21 B
Kassier: Arthur Löwenstein, Stafflensbergstr. 38

Stuttgarter-Page I.D.S.B.
Versammlung jeden Montag abend, Calwer Straße 33 St. St. Prof.: Rechtsanwalt Mainzer, Sonnenbergstr. 33
Schahmeister: Ludwig Epstein, Hölzerlnstr. 33

Amor-Atio
Vorstand: Konrad Max Strauß, Höhenstauffstr. 9

Israelitischer Liberaler Verein
Vorstand: Landg. Dir. a. D. Stern, Seelstr. 7
Kassier: Rechtsanwalt Dittenheimer, Kgl. Bergstr. 76
Wanderbund deutschjüdischer Kameraden

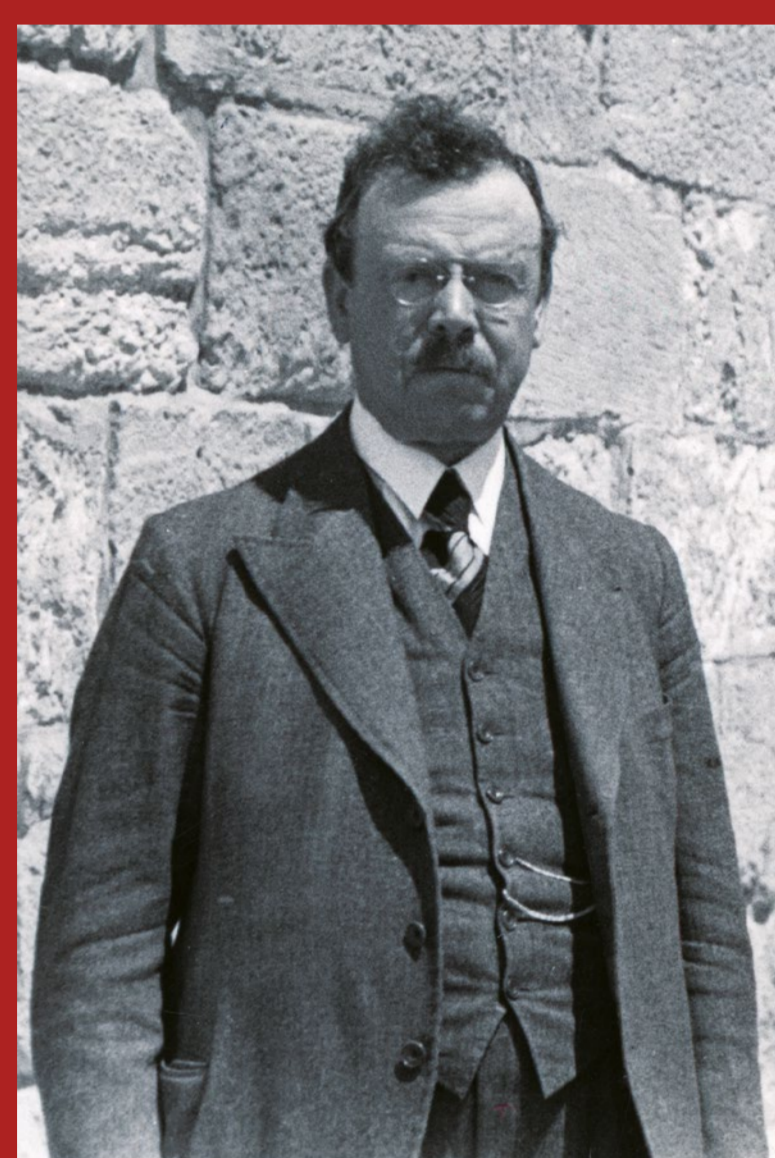
Im Stuttgarter NS-Kurier wurden am 1. April 1933 die Rechtsanwälte mit Namen und Adressen stigmatisiert.



Bereits bei der Boykottaktion vom 1. April 1933 war die Kanzlei „Dr. Wolf & Mainzer“ mit Zetteln mit der Aufschrift „Jude“ beklebt worden. Fünf Jahre später waren sie gezwungen, diesen Briefkopf zu verwenden. Beide Anwälte überlebten die Shoah nicht.



Ausweis für den Ortsvorsteher (Muktar) von Shavei Zion, den Heilbronner Rechtsanwalt Dr. Manfred Scheuer. Er emigrierte 1937 ins britische Mandatsgebiet Palästina und wurde der erste Bürgermeister der von Württemberger Juden 1938 gegründeten Siedlung.

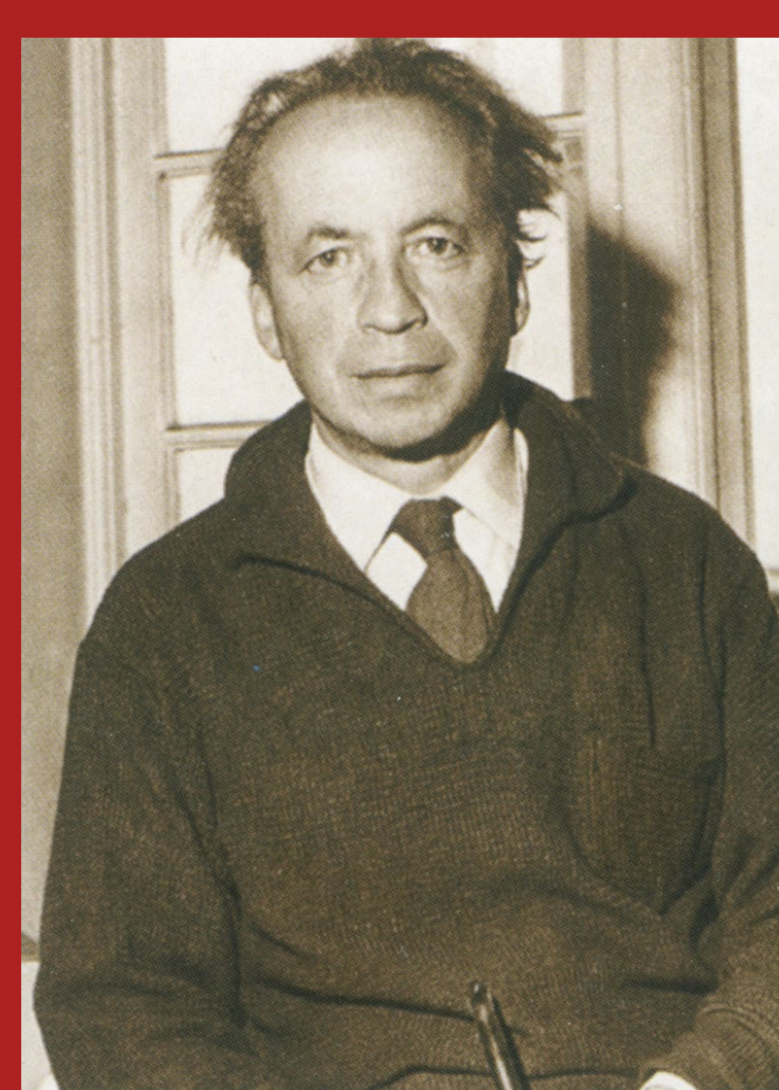


Siegfried Gumbel, Seniorchef des bekanntesten Anwaltsbüros in Heilbronn, verlor schon Ende 1933 die Zulassung. Er übernahm die Leitung des Israelitischen Oberrats in Stuttgart. Das Finanzamt verhinderte seine Auswanderung. 1941 wurde er inhaftiert und 1942 im KZ Dachau ermordet.



Der Ulmer Rechtsanwalt Dr. Ernst Moos (1884–1944) war bis zur Auslöschung 1943 der letzte Vorstand der Jüdischen Kultusvereinigung Württemberg (vormals Israelitischer Oberrat) und arbeitete bis zu seiner Deportation auch als »Konsulent«.

Der Stuttgarter Rechtsanwalt und Sozialdemokrat Dr. Manfred Uhlmann floh schon im März 1933 in die Schweiz und entging so seiner Verhaftung.



Rechtsanwalt Dr. Simon Hayum harrte bis nach der Pogromnacht 1938 in Tübingen aus. Dann floh er im Februar 1939 mit seiner Frau über die Schweiz in die USA.



Frühes Ende einer beruflichen Karriere – das Schicksal von Emma Weil

Die Ausgrenzung jüdischer Beschäftigter machte besonders vor Frauen nicht halt. Sie hatten es auf dem Arbeitsmarkt ohnehin schwerer. So fand die 1892 geborene jüdische Wohlfahrtspflegerin Emma Weil aus Stuttgart wegen des wachsenden Antisemitismus trotz guter Qualifikation und mehrjähriger Berufserfahrung schon vor 1933 keine Anstellung mehr. Ihre berufliche Laufbahn fand damit in jungen Jahren ein jähes Ende.

Emma Weil stammte aus einer wohlhabenden Stuttgarter Familie. Ihr Vater Dr. Siegmund Weil war Sanitätsrat. Ihr Bruder Hermann arbeitete bis zu seiner Emigration 1936 nach London in leitender Funktion in der Schuhfabrik Salamander in Kornwestheim.

Emma Weil bildete sich seit 1909 im Schwäbischen Frauenverein in Stuttgart in verschiedenen sozialpädagogischen sowie -pflegerischen Berufen fort. Sie war zunächst als Kindergärtnerin, dann als Jugendleiterin tätig und erreichte 1926 ihre staatliche Anerkennung als Wohlfahrtspflegerin.

Großes Engagement

Emma Weil war Mitglied im Deutschen Roten Kreuz und hatte als Freiwillige im Ersten Weltkrieg in der Kranken- und Kriegsfürsorge des Städtischen Hilfsausschusses Stuttgart geholfen. Dafür wurde ihr die Rot-Kreuz-Medaille 3. Klasse verliehen. Ebenso engagierte sie sich in einem Kinderheim in Esslingen. 1927 erhielt sie eine Anstellung beim Israelitischen Fürsorgeamt Stuttgart. 1930 musste sie krankheitsbedingt ausscheiden. 1932 starb ihre Mutter. Nach ihrer Genesung fand Emma Weil keine Arbeit mehr. Bewerbungen beim Städtischen Wohlfahrtsamt und beim Württembergischen Roten Kreuz scheiterten. Nach 1933 waren ihre Versuche, eine Beschäftigung als Sozialarbeiterin zu finden, völlig aussichtslos. Das am 7. April 1933 erlassene „Gesetz zur Wiedereinführung des Berufsbeamtentums“ fand auch auf sie Anwendung. Im Jahr 1938 schloss das Arbeitsamt Stuttgart ihr Arbeitsbuch.

Flucht nach England

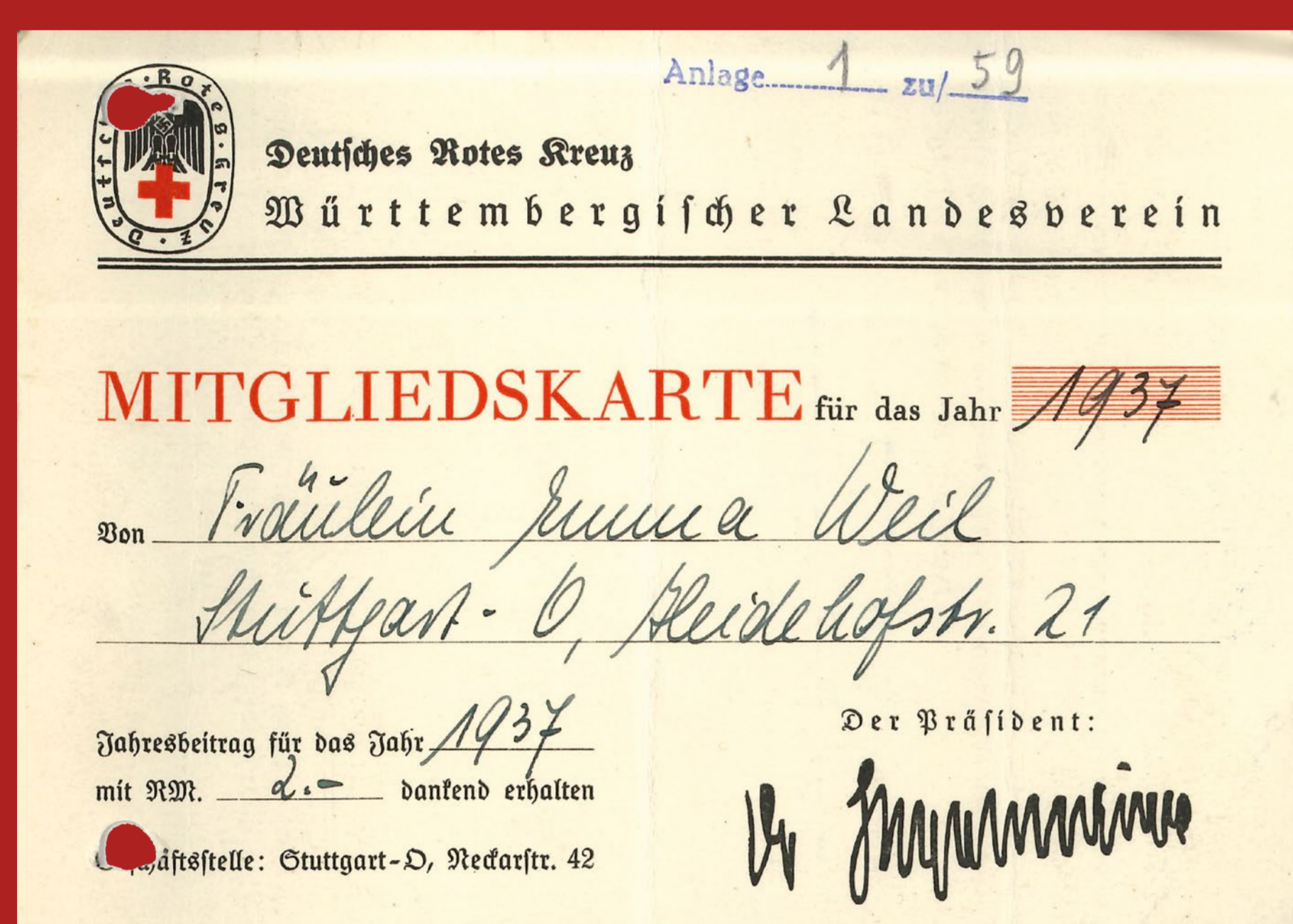
Im August 1939 floh Emma Weil mit ihrem Vater über die Niederlande nach London. Zuvor musste sie vom Verkauf ihres Hauses noch 17.000 RM als Reichsfluchtsteuer und »Judenvermögensabgabe« zahlen. Ihr Lift mit Einrichtungs- und Haushaltsgegenständen kam nie in London an. Ihr schwer kranker Vater starb im Oktober 1941. Auch in England konnte Emma Weil nicht mehr in ihrem Beruf als Wohlfahrtspflegerin arbeiten. Sie übernahm Hilfstätigkeiten im Haushalt oder arbeitete als Telefonistin. 1953 trat sie aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand. Mehrere Jahre lebte sie in einem Altenheim für NS-Verfolgte des jüdischen Hilfswerks in London. Emma Weil starb 1988.



Emma Weil kurz vor ihrer Ausreise 1939.



Werbepostkarte des Schwäbischen Frauenvereins in Stuttgart, bei dem sich Emma Weil zur Wohlfahrtspflegerin ausbilden ließ.



Emma Weils Mitgliedskarte für das Deutsche Rote Kreuz aus dem Jahr 1937. Wegen ihrer Verdienste hatte man sie damals offenbar noch nicht ausgeschlossen.



Das Arbeitsbuch von Emma Weil wurde vom Arbeitsamt Stuttgart am 16. Juni 1938 geschlossen. Damit war ihr endgültig jede Anstellung verwehrt.